Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint Werktags nachm. Bezugspreis frei Haus monatl. 1800 M., durch die Post 1800 M. ohne Zustell.-Gebühr. Druck u. Verlag: Produkt.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, eGmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1045, 1047, 2251. Schriftleitung: Sprechzeit 12—1 u. 4—5 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 60 M. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 M. für Reklame, anschl. an den dreigespaltenen Textseitenteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten. Bankkonto: Commerz- und Privatbank, Halle. Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 80 Mark | Montag, den 5. Februar 1923 | 3. Jahrgang. Nr. 30

Die Einheitsfront der Wucherer

Tägliche Preiserhöhungen

Die Patrioten wuchern weiter darauf los. Ob der Dollar steigt oder fällt — **sie erhöhen täglich ihre Preise.** Der Großhandelsindex der Industrie- und Handelszeitung zeigt in der vergangenen Woche eine Steigerung im Großhandel um nicht weniger als 68,5 Prozent. Durchschnittlich auf das 6874,9fache sind die Preise gestiegen. Die Kohlen- und Eisenpatrioten aber haben ihre Preise durchschnittlich auf das **7162fache** erhöht; die Stahlmagnaten sogar auf das **8775fache.** Textilien sind auf das 14 770fache gestiegen; Häute, Felle, Leder und Gummi auf das 9273fache. In wenigen Tagen ist auch der ungeheuerste Marksturz durch die Preiserhöhungen eingeholt.

Die Lebensmittelpreise im Kleinhandel steigen weiter. Am gestrigen Tage stieg Margarine von 4000 auf 4200 bis 5600, Speck von 6000 auf 7000 Mk., ein markenfreies Brot von 1000 auf 2200 Mark, ein Pfund Rindfleisch von 3100 auf 4000, ein Pfund Linsen von 750 auf 900 Mark.

Der Wucher der Patrioten blüht und die Sozialdemokratie marschiert „unentwegt" in der nationalen Einheitsfront der Industrie und Agrarwucher.

*

Wie sie — sich „irren"!

Nach dem „Berliner Tageblatt" hat der Reichskanzler Cuno in der Aussprache mit den Parteiführern am Freitag sich insbesondere auch mit der Ernährungs- und Kohlenlage beschäftigt, „die er als zufriedenstellend bezeichnete".

Wie man sich doch irren kann. Bis vor verhältnismäßig ganz kurzer Zeit konnte man Tag für Tag aus der bürgerlichen Presse entnehmen, daß die Kohlenlage Deutschlands außerordentlich schwierig sei. So schwierig sei sie, daß man ohne Ueberschichten schweren Katastrophen entgegengehe. Und die Gewerkschaftsführer waren felsenfest davon überzeugt, daß die „Kohlenlage" das Verfahren von Ueberschichten dringend notwendig mache. Und aus nationaler Besorgnis wandten sie alle Mittel an, um die Bergarbeiter in den Zwang des Ueberschichtenabkommens hineinzudrücken.

So wurden Ueberschichtenabkommen perfekt, und mit den Ueberschichtenabkommen bekam das deutsche Volk gewaltig erhöhte Kohlenpreise. Nun sagt uns der Cuno, daß trotz Ruhrbesetzung, trotz Einschränkung der Produktion, trotz Verkehrsstockungen die Kohlenlage zufriedenstellend sei. Bei dieser „zufriedenstellenden" Lage steigen natürlich die Kohlenpreise auch. Vielleicht tröstet Herr Cuno sich in der Ueberzeugung: Ob man sich so oder so „irrt", die Preise steigen ja doch!

Und vor kurzem, als es den Agrariern wieder nach sehr stark erhöhten Preisen gelüstete, da wurde der Oeffentlichkeit aus „maßgebenden" Kreisen der Landwirtschaft versichert, die Ernährungslage in Deutschland sei wegen der unzureichenden Ernte sehr bedenklich. Die „bedenkliche Lage" ermöglichte kolossale Preissteigerungen. Nun versichert Herr Cuno, die Ernährungslage sei zufriedenstellend. Zufriedenstellend, obwohl das Hinaufspringen des Dollars weitere Versorgung aus dem Auslande unmöglich macht, obwohl mittlerweile die lockenden Valutagewinne das Verschieben von Lebensmitteln aus Deutschland nicht nur nicht gehemmt, sondern sogar gesteigert hat, obwohl die Franzosen im besetzten Gebiet requirieren — trotzdem zufriedenstellende Ernährungslage! Und die Lage läßt die Preise aller Nahrungsmittel riesenhaft emporschnellen. Dieselbe Erscheinung wie bei Kohlen: Ist die Lage ungünstig, dann hat man einen Grund für Preissteigerungen; hält man es für zweckmäßig, die Lage als „zufriedenstellend" zu bezeichnen, auch dann steigen die Preise. Und wiederum kann Herr Cuno sagen: Ob man sich so oder so „irrt" — die Preise steigen auf jeden Fall! Also ist es ganz gleichgültig, wie man sich „irrt". Man kann sich „irren" je nach Bedürfnis.

*

Hungerdemonstrationen in Chemnitz

Eingreifen des Kontrollausschusses

(Eigener Bericht.)

Chemnitz, 2. Februar.

In den späten Abendstunden sammelte sich im Ostviertel eine größere, 300 bis 500 Menschen zählende Menge, die unter erregten Rufen gegen die maßlose Teuerung und den schamlosen Wucher nach der Annenstraße zog. Der Zug bestand überwiegend aus jugendlichen Elementen. Es wurde festgestellt, daß einige nationalsozialistische Provokateure versuchten, die Menge zu Ausschreitungen aufzuhetzen. In der Annenstraße ertönten Rufe „Haut die Juden", „Schlagt die Juden tot" usw. Das Café Seifert, eine Sammelstätte des Chemnitzer Schiebertums, wurde durchsucht. Zum großen Leidwesen der blutdürstigen Nationalsozialisten fand aber gerade die Schieberbörse nicht statt. Von der Reitbahnstraße zog die inzwischen stark angeschwollene Menge in die Rathenaustraße zum „Meistereck", ebenfalls, um die Juden zu suchen. Nun verkehren aber im „Meistereck" meist Deutschnationale, so daß sie auch hier Pech hatten.

Hier griffen einige unserer Genossen ein, die vor allem der erregten Masse die wirklichen Gründe der heutigen Not begreiflich machten und sie warnte, den nationalsozialistischen Antisemitenrummel mitzumachen, der nur den Zweck hat, sie zu Ausschreitungen hinzureißen, um die Arbeiterschaft zu schwächen. Der Kampf gegen jüdische und christliche Schieber müsse von der Arbeiterschaft organisiert geführt werden. Unter der Einwirkung unserer Genossen zerstreute sich die Menge.

Zur selben Zeit hatte sich in der Louis-Hermsdorf-Straße vor dem Lebensmittelgeschäft Vogel und einem anderen neben dem Zentraltheater eine größere Menschenmenge angesammelt, die stürmisch die Herabsetzung der maßlos erhöhten Margarinepreise forderte. Zweifelhafte Elemente waren auch hier am Werke. Sie hetzten die Menge zur Ausplünderung der Geschäfte auf, und tatsächlich wurden die Fensterscheiben und Türfüllungen eingeschlagen. Die Polizei, die sich sehr ruhig verhielt und versuchte, die Menge zu beschwichtigen, war machtlos. Inzwischen ertönten aus der Menge, die auf 2000 bis 3000 angewachsen war, immer lauter die Rufe nach dem Eingreifen des Kontrollausschusses. Nach kurzer Zeit erschien der Vorsitzende des Chemnitzer Kontrollausschusses, Genosse Lanius, mit einigen anderen Mitgliedern. In kurzer Zeit schaffte der Kontrollausschuß Ordnung. Die Polizei, die vollständig machtlos gewesen war, atmete erleichtert auf. Die dunklen Elemente, die geglaubt hatten, günstige Gelegenheit zum Plündern zu finden, wurden so rasch zum Teufel gejagt, daß sie gar keine Zeit zur Besinnung fanden.

Dann schritt der Kontrollausschuß gegen den Geschäftsinhaber ein, der durch das maßlose Heraufnumerieren der Lebensmittelpreise die Veranlassung zu den Ausschreitungen gegeben hatte. Auch hier hatte er vollen Erfolg. Der Geschäftsinhaber verpflichtete sich, seinen ganzen Margarinevorrat ab Sonnabend früh zum alten Preise von 3500 Mk. unter der Kontrolle des Kontrollausschusses zu verkaufen. Es wurde allgemein festgestellt, daß es nur dem Eingreifen des Kontrollausschusses zu verdanken war, daß es zu keinen Plünderungen gekommen ist.

Das Ergebnis von Leipzig

Der dritte Parteitag der KPD. nach der Spaltung in Halle und der Vereinigung der wirklich revolutionären Elemente des Proletariats in der Kommunistischen Partei zeigte trotz der leidenschaftlichen Diskussionen ein Bild der Geschlossenheit der Partei in dem Willen zum Kampf für die Rettung und die Befreiung des Proletariats. Daran vermögen auch die auf dem Parteitag zutage getretenen Meinungsverschiedenheiten nichts zu ändern, aus denen der „Vorwärts" mit der ihm eigenen Demogogie schließen zu können glaubt, daß das „Schicksal des Kommunismus besiegelt" sei, obwohl er selbst nicht glaubt, „daß die Kommunistische Partei an den zutage getretenen ungewöhnlich starken Differenzen morgen oder übermorgen zugrunde gehen werde". Für uns ist die Tatsache, daß die entscheidenden Beschlüsse des Parteitags unter einem leidenschaftlichen Meinungsaustrag zustande kamen, nur ein Zeichen der robusten Gesundheit der Partei, in der der Grundsatz der Parteidisziplin unbestrittene Geltung hat, daß der Diskussion und dem Beschluß die Tat zu folgen hat und daß erst nach dem Kampf die Diskussion von neuem wieder aufgenommen wird, wenn sich bei der Durchführung die zum Beschlusse erhobene Auffassung als irrig erwiesen hat.

Die Verhandlungen des Parteitags in Leipzig drehten sich in der Hauptsache um drei Punkte: Die Perspektiven des revolutionären Kampfes des Proletariats, die anzuwendende Taktik, für die die allgemeinen Linien in den Beschlüssen des dritten und vierten Weltkongresses bereits vorgezeichnet waren, und die organisatorische Führung der Partei, die die Einheitlichkeit und Entschlossenheit in der Aktion verbürgt.

Vollkommene Einmütigkeit herrschte auf dem Parteitage in der Beurteilung der Gesamtlage und der sich daraus ergebenden Perspektive für den Kampf des revolutionären Proletariats. Sie kam zum Ausdruck in der Eröffnungsrede Klara Zetkins, in der Diskussion über den politischen Bericht der Zentrale und in dem Bericht über den vierten Weltkongreß. Ihre kalre Formulierung fand sie in dem einstimmig vom Parteitag beschlossenen „Manifest an das internationale Proletariat, an die Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands". Die Situation ist objektiv revolutionär. Wenn auch das Proletariat zunächst in der Verteidigung seiner primitivsten Existenzbedingungen gegen die Offensive des Kapitals und die Kriegsgefahr nur um sogenannte Etappenforderungen und Etappenziele kämpfen und die Partei zu diesem Zwecke an die Tagesnöte der arbeitenden Massen anknüpfen muß. Innerpolitisch ist im Reiche, ganz besonders in Bayern, die Situation wie zurzeit des Kapp-Putsches. Die Regierung Knilling befindet sich ganz in der Gewalt der Nationalsozialisten. Deshalb müssen wir zwischen den Nationalsozialisten und den Proletariern eine Schutzwand aufrichten durch Aufstellung eines proletarischen Selbstschutzes, der der Faszistengefahr entgegentritt. In der Frage der Ruhrbesetzung und der internationalen Kriegsgefahr richtet sich unser Kampf gegen zwei Fronten, gegen die deutsche Bourgeoisie und den französisch-belgischen Imperialismus. Poincaré und Stinnes, beide verfolgen sie das gleiche Ziel: die Ausraubung und die Erwürgung des Proletariats durch Pfänder und Ausnutzung der produktiven Arbeitskraft des Proletariats bis zur völligen Erschöpfung in Elend, Not und Tod. Die einmütige Auffassung der gesamten Partei ist: es kann keinen Frieden und keinen Wiederaufbau der vom Kapitalismus in Stücke geschlagenen Welt geben, solange nicht der Vertrag von Versailles zerrissen und die Bourgeoisie nicht wenigstens in Europa besiegt und ihre Diktatur durch die Diktatur des solidarisierten Proletariats ersetzt ist. Dieses Ziel kann das deutsche Proletariat nur erreichen gemeinsam mit dem internationalen Proletariat, von dem das französische heute schon zusammen mit den Ruhrarbeitern heldenmütig kämpft.

Die Kampfparole der Einheitsfront und Arbeiter-Regierung hat der Parteitag in seinem am Eröffnungstage ohne Diskussion beschlossenen Manifest an das internationale Proletariat ausgegeben. Bei der zum Teil äußerst scharfen Diskussion über die Taktik der Einheitsfront und Arbeiter-Regierung, die sich durch alle Verhandlungen der Leipziger Tagung hinzog, konnte es sich also nicht mehr um die prinzipielle Frage handeln, ob diese Taktik angewendet werden soll oder nicht. Diese Frage ist längst entschieden und die Partei hat die Taktik schon seit dem Jenaer Parteitag angewendet. Tatsächlich ist die Taktik der proletarischen Einheitsfront und der Arbeiter-Regierung die Taktik der gesamten Partei; und auf dem Parteitage selbst wurde sowohl von den „Rechten" wie von den „Linken" anerkannt, daß es sich in dem Meinungskampf keinesfalls um tiefgehende Differenzpunkte handelt. Wenn trotzdem um die taktischen Fragen heiß gerungen wurde, so konnte es sich dabei nur um die praktische Anwendung der Taktik der Partei im täglichen Kampfe des Proletariats um die Sicherung seiner Existenz und seiner endlichen Befreiung aus den Fesseln des Kapitalismus handeln.

Die Taktik der Einheitsfront, so wie sie von der großen Mehrheit des Parteitages und der Zentrale verstanden wird, ist in der Periode der siegreichen Offensive des Kapitals mehr als eine bloße Propagandaparole, sie ist eine ausgesprochene Kampfparole. Die Frage der Einheitsfront des Proletariats ist die Frage: Wie gewinnen wir das Vertrauen der arbeitenden Massen und wie lösen wir sie von den Sozialpatrioten und den Arbeitsgemeinschaftern, die sich und das Schicksal des Proletariats auf Gedeih und Verderb an die Bourgeoisie verschrieben haben. Der große Endkampf kann

Der Bruch in Lausanne

Lausanne, 5. Februar.

Die letzten Einigungsversuche zwischen den Alliierten und den Türken sind endgültig gescheitert. Der Friedensvertrag ist nicht unterzeichnet worden. Curzon ist gestern abend 9.05 Uhr aus Lausanne abgereist.

*

Lord Curzon legte, um das Spiel in Lausanne zu beenden, den Türken einen langen Friedensvertrag vor und verlangte diktatorisch, daß die türkische Delegation den Vertrag annehmen müsse. Dieser Vertrag ist ein starkes Stück; die Türken sollen auf Mossul verzichten, dessen Petroleumfelder England behält und überdies sollen sie der Entente 15 Millionen türkische Pfund in Gold als Entschädigung zahlen. Griechenland dagegen soll für die Verwüstungen, die seine Armee in Kleinasien anrichtete, keinen Heller Entschädigung leisten. Die Türken weigerten sich, diesen Vertragsentwurf anzunehmen. Curzon erklärte, daß er in diesem Fall abreisen werde. Als Datum seiner Abreise stellte er Sonntag, den 4. Februar, fest.

In diesem Moment setzte Poincaré ein. Die französische Regierung teilte der türkischen mit, daß sie den Vertragsentwurf Lord Curzons nicht als ultimativ ansieht, sondern daß Frankreich bereit ist, von sich aus mit den Türken weiter zu verhandeln, ohne Rücksicht auf einen türkisch-englischen Bruch. Zur selben Zeit konzentriert Kemal Pascha Truppen für einen Vorstoß gegen das hartumstrittene Mossul, während die Engländer schleunigst aus Bagdad dorthin Verstärkungen senden. Italien geht auch in dieser Beziehung mit Frankreich. Was die übrigen Staaten betrifft, so ist Bulgarien darüber verstimmt, daß England nach wie vor die Griechen begünstigt, so daß im Falle eines englisch-türkischen Konflikts auf ein bulgarisches Eingreifen gegen die Türkei nicht zu zu rechnen ist. Rumänien ist zurzeit durch Verhandlungen mit Sowjet-Rußland neutralisiert. Die britische Regierung wäre also im Falle eines Konfliktes mit der Türkei völlig isoliert, höchstens das total zerrüttete Griechenland käme als Verbündeter Englands in Frage.

Die Dinge stehen im Orient auf des Messers Schneide. Eine englische Kriegspolitik im Orient würde in England selbst den revolutionären Widerstand des Proletariats hervorrufen und überdies Sowjet-Rußland zum Eingreifen nötigen. Wenn man dazu die Gefahr im Ruhrgebiet erwägt, hat man das düstere Gesamtbild der Situation. Nur die internationale Arbeiterklasse kann, gestützt auf Sowjet-Rußland, den kapitalistischen Kriegswahnsinn unschädlich machen.

Werbung von Baltikumhorden in Ostpreußen

(Eigene Drahtmeldung.)

Königsberg, 2. Februar.

Der Baltikumer Diebitsch, berüchtigt durch seine unheilvolle Tätigkeit als Proletarierschlächter im Jahre 1919, treibt in der Provinz sein Unwesen und versucht, junge Leute für ein neues Baltikumunternehmen, angeblich gegen Polen gerichtet, anzuwerben. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, hat der konterrevolutionäre Abenteuer, dem große Geldmittel zur Verfügung stehen, auch eine Anzahl junger Männer berits an der Grenze zusammengezogen. Den Behörden kann das Treiben des Herrn Diebitsch und seiner andern sauberen Kumpane nicht entgangen sein, dennoch treibt sich heute noch dieser gemeingefährliche Bursche frei herum. Die Arbeiterschaft wird mit allen Mitteln ein neues Baltikumabenteuer, das sich nur scheinbar gegen den „äußeren Feind", in Wirklichkeit aber gegen die Arbeiterschaft richtet, zu verhindern wissen.

Dollar heute vormittag 44000 Mark

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230205-16/fragment/page=0001
DFG

nur dann mit Erfolg geführt werden, wenn wir in den tagtäglichen Kämpfen für die Beseitigung der Not eine einheitlich geschlossene Arbeiterarmee herangebildet haben. Der leitende Gedanke der großen Mehrheit der Partei ist daher der einer Arbeiterfront von Proletariern, und den Kampf aufzunehmen für konkrete Forderungen des gesamten Proletariats, ja sogar für Forderungen, die auch Schichten des Kleinbürgertums gegen ein weiteres Hinabgleiten in den Sumpf des sozialen Elends schützen. Obwohl wir wissen, daß alle die Kämpfe um Erhöhung der Löhne, für die Verteidigung des Achtstundentags, um die Herabsetzung der Preise und der Mieten letzten Endes nicht zur Sicherstellung der Existenz des Proletariats führen, so müssen doch alle Kommunisten in den Gewerkschaften und in allen proletarischen Organisationen zur intensivsten Arbeit für die Erringung kleiner Erfolge verpflichtet sein. Denn es wird sich dabei immer erweisen, daß die Maulkämpfer der Sozialdemokratie und die Amsterdamer noch nicht einmal diesen täglichen Kampf um die Sicherung des Brotes zu führen bereit sind; und das Vertrauen der Massen wird sich in steigendem Maße der Kommunistischen Partei und der kommunistischen Internationale zuwenden. Dabei soll sich die Partei durchaus nicht scheuen, mit den Spitzenorganisationen zu verhandeln mit dem ehrlichen Bestreben, von oben zu einem einheitlichen Kampf zu kommen, weil uns das die beste Gelegenheit gibt, die Reformisten auf ihrem eigenen Boden, dem Boden der Verfassung und der Demokratie, der für solche Kämpfe noch einen sehr weiten Spielraum gibt, zu schlagen. Zeigt sich dabei, daß die Verhandlungen an dem mangelnden Kampfwillen der Reformisten und der Arbeitsgemeinschafter scheitern, so kann das nur dazu dienen, das Vertrauen der Massen in die kommunistische Partei als die einzige proletarische Kampfpartei noch mehr zu stärken.

Die sogenannte „Linke", die auf dem Parteitag hauptsächlich von den Berliner und Hamburger Genossen vertreten wurde, lehnte die Anwendung der Einheitsfronttaktik in diesem Sinne ab. Die Einheitsfront mit der Sozialdemokratie sei für sie unmöglich, weil sie nicht kämpfen könne. Die „Linken" sagen deshalb: „Zu Verhandlungen mit den Spitzenorganisationen gehen wir nur, um sie abzubrechen." Die Einheitsfront ist also für sie mehr eine Parole der Propagande und zur Entlarvung der Sozialdemokratie. Einheitsfront wollen sie [illegible] sie wirklich kämpfen wollen, auch als Kommunisten, um die unmittelbaren Tagesforderungen des Proletariats, kämpfen mit jedem Arbeiter, gleichgültig, ob er Kommunist, ob Sozialdemokrat oder Parteilloser ist. Aber sie wollen diesen Kampf nicht in der Koalition mit der SPD. als Partei, sondern die Massen hinter die Kommunistische Partei bringen und die Kämpfe führen allein mit der Kommunistischen Partei. Der Fehler der „Linken" ist, daß sie das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat, wenn nicht ganz außer acht lassen, so doch zu mindestens ganz falsch einschätzen. Dieses Kräfteverhältnis neigt sich heute sehr stark zugunsten der Bourgeoisie, weil die Arbeitsgemeinschafter durch ihre Bündnispolitik mit dem Kapital jeden ernsthaften Kampf entweder verhindern oder von vornherein durch die Parole des Streikspruchs und mit allen Mitteln der Sabotage zur Niederlage verurteilen. Es muß deshalb Aufgabe der Kommunistischen Partei sein, Kampfmethoden zu finden, durch die die arbeitenden Massen mit den kämpfenden Vortrupp, den Kommunisten, verbunden und in den unversöhnlichen Klassenkampf gezogen werden. Diese Methoden sind gefunden in der von der Zentrale vertretenen Auffassung der Einheitsfronttaktik, die die der großen Mehrheit der Partei ist. Sie ist zwar nicht ganz frei von opportunistischen Gefahren, die aber von relativ geringer Bedeutung sind, da die deutsche Kommunistische Partei in ihren Auseinandersetzungen mit den Zentristen gefestigt und in revolutionären Kämpfen geläutert ist.

Auf die Fragen der Arbeiter-Regierung und der Führung der Partei werden wir in einem weiteren Artikel eingehen.

Die Verelendung der Kinder

Zum Internationalen Frauentag

Von Else Baum, Berlin

Das Kapital zieht überall seine stärksten Säfte, seine lebendigsten Kräfte aus der Ausbeutung wehrloser Frauen- und Kinderkraft. Der Siegeszug des Kapitals wird überall zum schmerzvollen Leidensweg für jenen Zug von Millionen Proletarierkindern, denen die unersättliche kapitalistische Profitgier die Kindheit stiehlt und die Jugend mordet. Und wächst auch riesengroß das Elend des proletarischen Kindes — wer fragt danach? Erst wenn die Degeneration des Nachwuchses ungeheuerliche Formen annimmt, wodurch die scheinbar unversiegbare lebendige Profitquelle des Kapitals zu versiegen droht, tritt das Kapital im eigenen Interesse für Maßnahmen gegen die unbeschränkte Ausposaunung der Kinder ein. So kam auch 1839 ein erstes Kinderschutzgesetz in Deutschland zustande. Dieses Gesetz verbietet die Arbeit für Kinder unter 9 Jahren und beschränkt die Arbeitszeit der Jugendlichen bis zum 16. Lebensjahr auf 10 Stunden täglich. England, das klassische Land des Kapitals, wurde auch das klassische Land des Kinderelends. In seinem Buch: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" berichtet Friedrich Engels u. a.:

„Vom Anfang der neuen Industrie an wurden Kinder in den Fabriken beschäftigt; anfangs wegen der Kleinheit der später vergrößerten Maschinen fast ausschließlich, und zwar nahm man die Kinder aus den Armenhäusern, die scharenweise als Lehrlinge bei den Fabrikanten auf längere Jahre vermietet wurden. Sie wurden gemeinschaftlich logiert und bekleidet und waren natürlich die vollständigen Sklaven ihrer Brotherren, von denen sie mit der größten Rücksichtslosigkeit und Barbarei behandelt wurden."

„Hören wir, wie sie es getrieben haben," sagt Friedrich Engels in demselben Buche an einer anderen Stelle, „ehe ihnen der Fabrikinspektor auf den Fersen saß; ihr eigenes anerkanntes Zeugnis, der Bericht der Fabrikkommission von 1833 soll sie schlagen. Der Bericht der Zentralkommission erzählt, daß sie Kinder oft mit fünf und sechs, sehr oft mit sieben, meist mit acht und neun Jahren zu beschäftigen anfingen, daß die Arbeitszeit oft 14 bis 16 Stunden (außer Freistunden zu Mahlzeiten) täglich dauere, daß die Fabrikanten es zuließen, daß die Aufseher die Kinder schlugen und mißhandelten, daß die Fabrikanten hier selber tätige Hand anlegten . . ."

Auch hier führte also erst die Furcht vor dem drohenden Verlust der Maschinen- und Kanonenfutters zu Ansätzen eines Kinderschutzgesetzes. Im Jahre 1802 entstand das sogenannte „Lehrlingsgesetz", das wenigstens die schrecklichen Mißstände beseitigen sollte. Aber dieses Gesetz blieb — wie all übrigen Arbeiterschutzgesetze in England und in den anderen Ländern — auf dem Papier, solange keine Arbeiterorganisation da war, die auf die Durchführung dieser gesetzlichen Bestimmungen drang.

An ihren eigenen Widersprüchen gebt die kapitalistische Gesellschaft zugrunde. Zusammenbrechend sucht sie ihren letzten Halt in der skrupellosen Ausbeutung wehrloser Kinderkraft. Die Not der Kinder wächst hüben wie drüben; in den sogenannten Siegerländern röten sich die Wangen der Proletarierkinder nicht von den „glorreichen Siegen" ihrer Väter. In den Besiegten-Ländern werden die proletarischen Väter, die es nicht verstanden haben, den Weltkrieg in eine Weltrevolution zu verwandeln, heimgesucht an ihren Kindern. Die Kinder des Proletariats müssen verzichten, sie nötigen das Notwendigsten. In dunklen Löchern, in feuchten Winkeln verkümmern die Blüten des Proletariats. Sie haben vielfach nicht einmal ein Bett für sich. Im lieblichen Thüringen z. B. schlafen Kinder in Hängematten, auf schmalen Sofas, zu zwei, drei, ja bis zu fünf in einem Bett. Von 13 899 Schulkindern schliefen dort 2747 zu zweien, 1136 zu dreien in einem Bett. In 355 Fällen schliefen die Kinder zu fünf in einem Zimmer, in 238 zu sechs, in 47, zu sieben, in 17 zu acht, in drei zu zehn Personen. Es fehlt den Kindern an Kleidung. In München müssen sie barfuß durch den Schnee laufen. Dort kamen im vorigen Winter 30 bis 40 Prozent der Kinder barfuß in die Schule. 40 bis 50 Prozent der Münchener Proletarierkinder haben nur ein Hemd. In Glatz hatten von 1248 Kindern nur 466 ein Hemd und 129 überhaupt keines. Auf dem Kongreß für Kinderhilfe in Genf im Jahre 1922 berichtete die bürgerliche Reichstagsabgeordnete Adele Schreiber, daß jährlich in Deutschland zweieinhalb Millionen Kinder dem Tode gemäht und weitere sechs Millionen ernstlich gefährdet sind. In 43 Großstädten Deutschlands sind 200 000 Kinder tuberkulös, 836 000 Kinder krank und stark unterernährt. In Berlin allein sind 50 Prozent der Kinder tuberkulös, 80 Prozent unterernährt. In Leipzig gebt die Hälfte aller Schulkinder an Unterernährung, das heißt an chronischem Hunger langsam und sicher zugrunde. Die Sterblichkeit der Säuglinge in den proletarischen Kreisen ist vielfach höher und verstärkt sich immer mehr gegenüber den Krisen der Bourgeoisie. Kindersterblichkeit, Kinderkriminalistik und Kinderselbstmorde nehmen einen furchtbaren Umfang an.

Das Elend der Kinder des Proletariats hat in Australien, in Asien und in Amerika eine schreckliche Ausdehnung angenommen. In Chicago allein gibt es z. B. gegenwärtig mehr als zweimal Hunderttausend Kinder, die erwerbstätig sind. In der Stadt Dunaba wurden den Kindern die Schulferien zur Erwerbstätigkeit verlängert, und dies zu einer Zeit, wo Tausende Erwachsene erwerbslos sind. Die amerikanische „Demokratie" hat nichts daran auszusetzen, daß Kinder, in den Kohlenbergwerken arbeitend, zugrunde gehen. Nach berühmtem Muster werden jedes Jahr von Neuyork und anderen großen Städten große Abteilungen Waisenkinder in die berüchtigte „Veilchen-Kompagnie" geschafft. „Ein eigenartiges Leiden sucht diese Kinder him", sagt die „Neuyorker Volkszeitung" vom 15. Oktober 1922. „Die von den Kindern dort zu verpackenden Granaten, haben das Fleisch an ihren Fingern bis zu den Knochen abgefressen. Erst als dasselbe Gift die Verpackung verdarb, wurde an Abhilfe gedacht." In den Konservenfabriken sind während der Verpackungssaison Kinder von neun bis zehn Jahren täglich 16 Stunden beschäftigt. Die Handschuhfabriken im Staate Neuyork haben Maschinen in den Volksschulen aufgestellt, damit die Kinder gleich ihre Lehrzeit in den Schulen abdienen können. Eine Berufung auf das bestehende Kinderschutzgesetz wurde jüngst vom obersten Gerichtshof als Angriff auf die Verfassung zurückgewiesen und das seit 1919 bestehende mager Kinderschutzgesetz, das den Ausbeutungsgelüsten der amerikanischen Kapitalisten nur geringen Zwang auferlegte, mußte auch fallen: am 15. Mai 1922 ist dieses Kinderschutzgesetz tatsächlich beseitigt worden.

Eine wachsende Zahl von Kindern des Proletariats in Amerika sieht keinen anderen Ausweg als den Tod. Nach Angaben des Dr. Harry Warren verübten 885 Kinder in den Vereinigten Staaten Selbstmord. Die Selbstmordziffern sind 50 Prozent höher als 1920 und 80 Prozent höher als 1919. In Australien arbeiten schulpflichtige Kinder im zarten Alter in Kohlenbergwerken, auf Schiffswerften und Bauplätzen, in Kanalbotten, Werkstätten und Verkaufsstellen, ziehen Karren, tragen Pakete und — haben längst das kindliche Lächeln verlernt. Sie verwahrlosen und verwildern. Im Laufe von zwei Jahren standen 7000 jugendliche Verbrecher von nur vier großen Städten vor dem Jugendgerichtshof. Von ihnen wurden nahezu 5000 wegen Herumlungerns und Einbruchs verurteilt.

Die Qual der Kinder wird zu einer machtvollen Anklage gegen die kapitalistische Ordnung, wird zu einer schauerlichen Begleitmusik der Gesellschaft, die in ihrem Zusammenbruch den verzweifelten Versuch macht, sich ihre letzte Lebenskraft aus dem Marke der proletarischen Kinder zu saugen. An dem geschlossenen Widerstand des Proletariats muß dieser Versuch scheitern. Auf dem Internationalen Frauentag wird die Losung: „Nieder mit den Mördern unserer Jugend! Nieder mit der kapitalistischen Gesellschaft!" Millionen proletarischer Frauen sammeln. Das Proletariat wird seine Kinder retten, indem es der morschen Ordnung des Kapitals den Todesstoß versetzt und auf ihren Trümmern die Herrschaft des Proletariates errichtet.

Der Kohlenkrieg

Vordringen der Franzosen in Baden

Offenburg, 4. Februar.

Heute vormittag kurz nach 9 Uhr ist französische Kavallerie in Stärke von mehreren Schwadronen hier eingerückt. Der Bahnhof, das Postamt, die Kaserne und die große Eisenbahnbrücke sind mit Wachtposten und Maschinengewehren besetzt worden. Der Eisenbahnverkehr ist zurzeit noch unbehindert. Auf dem Rathause wird seitens der Franzosen mit der städtischen Behörde verhandelt. Auch Appenweier ist von französischen Truppen besetzt worden.

Freiburg, 5. Februar.

Zuverlässig wird bekannt, daß die Franzosen den Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden mitteilten, daß es sich bei ihrer Aktion um eine Erweiterung des Brückenkopfes von Kehl handle als Sanktion für die von deutscher Seite vorgenommene Beschränkung im internationalen Zugverkehr. Auch die Station Ortenburg der Kinzigbahn ist besetzt worden. In Offenburg lagert ein französisches Infanterieregiment in kriegsmäßiger Ausrüstung.

*

Die Cuno-Regierung lenkt ein?

Die Reichsregierung hat in einer Note an die Reparationskommission gegen die Feststellung der allgemeinen Verfehlung Deutschlands Verwahrung eingelegt und gleichzeitig erklärt, daß sie den Versailler Vertrag nicht aufgehoben, sondern lediglich die Leistungen an Frankreich und Belgien als Protest gegen die Ruhrbesetzung eingestellt habe. Der zweite Teil der Note polemisiert gegen die Auffassung der Reparationskommission, als ob das deutsche Moratoriumgesuch hinfällig geworden sei. Deshalb könne auch der Londoner Zahlungsplan nicht in Kraft treten und wird eine Nachprüfung der deutschen Leistungsmöglichkeit verlangt.

In einem offiziösen Kommentar erklärt hierzu die Cuno-Regierung, die Note sei kein verschleiertes Angebot an Frankreich. Im übrigen sei sie an die Reparationskommission und nicht an die französische Regierung gerichtet. Mit der Reparationskommission seien aber die Verhandlungen niemals unterbrochen worden.

Die Cuno-Regierung protestiert in einer weiteren Note an Frankreich gegen die Kohlensperre im Ruhrgebiet und spricht ihr jedwede Rechtsgrundlage ab.

*

Zurückweisung der Reparationskommission

Wie Havas aus Paris meldet, hat die Reparationskommission mit drei Stimmen bei Stimmenthaltung des englischen Delegierten auf die deutsche Note beschlossen, ihre Entschließung vom 26. Januar betreffend die allgemeine Verfehlung mit ihren Folgen aufrechtzuerhalten.

In derselben Sitzung beschloß die Kommission, gegen die ohne Einwilligung des Garantiekomitees von der Reichsregierung an die deutschen Reeder gezahlten Entschädigungen Einspruch zu erheben.

Wie TU. erfährt, hat die französische Regierung in einer Note Einspruch gegen die durch die vorgenommenen Verkehrseinschränkungen herbeigeführte Unterbrechung des internationalen Verkehrs erhoben. Von der polnischen Regierung ist eine Note des gleichen Wortlautes eingetroffen. Auf Grund des Versailler Vertrages ist Deutschland bekanntlich verpflichtet, die Durchfahrt von bestimmten internationalen Eisenbahnzügen zuzulassen.

Wie der „Matin" zu berichten weiß, faßte die französische Abordnung in der Reparationskommission die Ergreifung weiterer Pfänder als Zwangsmaßnahme für die neue Verfehlung vom 31. Januar, an welchem Tage Deutschland die vorgeschriebenen 500 Millionen Goldmark nicht gezahlt hat. Die Reparationskommission hat auch das Programm der Holzlieferungen ausgearbeitet und den französischen Ingenieuren die Weisung erteilt, mit dem Holzfällen in den besetzten Staatswäldern zu beginnen.

Die französische Regierung hat die Protestnote Cunos betreffend die Beschlagnahme der Essener Krankenhäuser unter Verweigerung der Annahme zurückgesandt mit der Bemerkung, daß alle Noten, die „unangemessene Ausdrücke" enthalten, auch künftighin zurückgeschickt werden.

*

Gegen die nationale Einheitsfront und den Notopfer-Rummel

(Eigener Bericht.)

Essen, 3. Februar.

Immer zahlreicher werden die auch von sozialdemokratischen Arbeitern besuchten Versammlungen in Rheinland-Westfalen, die sich gegen die nationale Einheitsfront wenden. So nahm eine große Beleghaftsversammlung der Mannesmann-Röhrenwerke in Remscheid scharf Stellung dagegen und forderte die Einheitsfront gegen Cuno zum Kampfe für die Arbeiter-Regierung. Entschieden wurde auch gegen die zur Schürung der nationalistischen Bewegung in Szene gesetzte Ruhrpende Stellung genommen. Auch der Ortsausschuß Solingen des ADGB. erklärte sich gegen jede Beteiligung an der Ruhrhilfe der Unternehmer. Auch das Gewerkschaftskartell und die Betriebsräte von Opladen haben an das Bezirksfekretariat von Rheinland und Westfalen und an den Berliner Bundesausschuß des ADGB. eine Entschließung gesandt, die sich gleichfalls gegen den nationalistischen Rummel wendet. Im ganzen Ruhrgebiet fanden auch große öffentliche, von der Kommunistischen Partei veranstaltete Kundgebungen gegen den nationalistischen Einheitsrummel statt. Ueberall wurden Resolutionen, in denen die Durchführung der Forderungen der Betriebsräte verlangt wurde, angenommen. Aus zahllosen Betrieben laufen Resolutionen ein, die die Gewerkschaften auffordern, den Kampf gegen die Unternehmer und die Cuno-Regierung aufzunehmen. Die Arbeiter verlangen eine sofort zu zahlende 200prozentige Lohnerhöhung und eine sofort auszuzahlende Teuerungszulage von 100 000 Mark.

*

Die Faszisten im Ruhrgebiet

Aus Dortmund wird uns geschrieben:

„Die Vorbereitungen für den neuen imperialistischen Krieg gegen Frankreich werden fieberhaft betrieben. Die Mobilmachung ist in vollem Gange. Bereits seit einigen Tagen werden Gestellungsbefehle an ehemalige Zeitfreiwillige geschickt und eine ganze Anzahl dieser Leute ist bereits nach Berlin abgereist.

Werbebureaus sind in verschiedenen Orten des Ruhrgebietes eingerichtet, und von hier aus werden die Angeworbenen in der Richtung Münster und Paderborn verschickt. Alte Militärpässe müssen vorgelegt werden und es wird danach die Verteilung vorgenommen. Auf Zeugnis des Betriebsführers wird Wert gelegt.

80 000 Mark Handgeld wird den Leuten geboten. Man versucht mit allen Mitteln, die Arbeiterschaft zu gewinnen. Werbebureaus konnten festgestellt werden in Rotthausen, Steele, Buer und anderen Orten.

Eine ganze Anzahl Faszisten sind in den letzten Tagen nach Bayern abgerückt, anscheinend auf Gestellungsbefehle hin. — Gestern abend sind aus Buer 300 Angeworbene in Richtung Münster abgerückt. Weitere 500 Mann sollen heute folgen. Münster und Paderborn scheinen das Sammelbecken zu bilden."

Diese Meldung zeigt deutlich, was von der Erklärung der Regierung, es würden keine Anwerbungen durchgeführt, zu halten ist. Aber die hier entstehende Gefahr kann nur beseitigt werden, wenn endgültig an die Stelle des Burgfriedens der schärfste Klassenkampf gegen das Kapital gesetzt wird.

Nationalistische Pöbeleien in Königsberg

(Eigener Bericht.)

Königsberg, 2. Februar.

Der Mordaufruf der „Ostpreußischen Zeitung" hatte am Mittwochabend das Studentengesindel auf die Straße gerufen. Abends gegen 6 Uhr sammelten sich vor dem „Zentral-Hotel" etwa 700 meistens besoffene schwarzweißrote Banditen, die sich zunächst darauf beschränkten, ihre Schlachtgesänge zu brüllen. Nur wenig Schupo war zum Schutze des „Zentral-Hotels" und der französischen Ententekommission erschienen. Unter Führung des Majors Schneider benahm sich die Schupo gegenüber den besoffenen Studenten auch so zuvorkommend, daß die Anwesenheit der Schupo die tobende Schar zunächst nur noch mehr ermutigte. Das besoffene Gesindel zog dann vor die Hotels „Kreuz" und „Germania", in welches einige Banditen eindrangen und Fenster zerschlugen. Jetzt erst wurde die Schupo etwas energischer. Aber nichts von dem brutalen Verhalten, das man sonst beim Einsetzen der Schupo gegenüber der Arbeiterschaft gewohnt ist, war zu bemerken. Eine Reihe von Arbeitern, welche dem Nationalistenrummel des besoffenen deutschnationalen Pöbels die „Internationale" entgegenstellte, wurden von den Studenten angegriffen. Es gelang dem Gesindel auch, einen Jungproletarier von den anderen Arbeitern abzusplittern und blutig zu schlagen. Nur einem Zufall ist es zu verdanken, daß die besoffenen „Patrioten", die behaupteten, gegen die Ermordung eines Arbeiters durch französische Offiziere zu protestieren, nicht den Jungproletarier ermordet haben. Eine Reihe von Schupomannschaften äußerte über das nationalistische Rowdytum große Empörung.

Taschen zu!

Wie uns aus verschiedenen Volksschulen mitgeteilt wird, versuchen die Lehrer für die Unterstützung der streikenden Ruhrberglente Beiträge einzusammeln. Die ganz reaktionäre Einstellung dieser Lehrer soll nur dazu beitragen, die nationale Einheitsfront auf Kosten der hungernden Arbeiterschaft und zur Erhaltung der kapitalistischen Profite, herzustellen.

Den Elternbeiräten ist zu empfehlen, sofort mit dem Lehrerkollegium eine Aussprache herbeizuführen (die ja sicher nicht viel nützen wird) und dann in öffentlichen Elternversammlungen die wahren Ursachen der Ruhrbesetzung klarlegen.

Im übrigen müssen wir nochmals sagen: wenn je nationale Lehrerschaft Opferbeiträge bringen will, dann soll sie es ruhig tun. Den Arbeitereltern aber rufen wir zu: Keinen Pfennig diesem nationalen Rummel! Eltern aller Volksschüler: Haltet die Taschen zu!

Das bulgarische Kriegskabinett wird, „Daily Herald" zufolge, infolge der bereits abgeschlossenen Volksabstimmung vor ein Volksgericht gestellt und wahrscheinlich zum Tode verurteilt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230205-16/fragment/page=0002

Manifest zur Gewerkschaftsfrage

Der Parteitag der KPD. an die Mitglieder des ADGB. und des Afa-Bundes

Klassengenossinnen und -genossen!

Was wir vor Jahr und Tag den Arbeitern sagten, hat sich im letzten Jahre in aufreizender Weise als richtig herausgestellt. Wir haben Euch nach der November-Revolution gesagt, daß die „Arbeiterführer", die heute gegen die Revolution kämpfen, morgen und übermorgen den Kampf für ein Stück Brot sabotieren werden.

Daß wir die Wahrheit gesprochen, hat sich erwiesen im Jahre 1922, als der ADGB. und der Afa-Bund den **Eisenbahnern**, die um Erhöhung ihrer kärglichen Gehälter kämpften, so schmählich in den Rücken fielen und ihre Niederlage veranlasten.

Das hat sich erwiesen, als der ADGB. unter dem Druck Eures Willens nach dem **Mord an Rathenau** das Berliner Abkommen schloß, um es dann, als die Erregung etwas nachgelassen, wieder schmählich zu zerraten.

Das hat sich in skandalöser Weise gezeigt, als die 30 000 Sklaven des Anilinkapitals in **Ludwigshafen** einen aufgezwungenen Abwehrkampf führten.

Dieselben Gewerkschaftsführer, die immer offener und brutaler die Interessen des Proletariats verraten, **die noch nicht ein einziges Mal gewagt haben, die riesige Macht der Gewerkschaften einzusetzen für die Klasseninteressen des Proletariats**, zögern keinen Augenblick, die Macht der Gewerkschaften zu mobilisieren, wenn es das Interesse des bürgerlichen Klassenstaates erfordert.

Das zeigt gerade gegenwärtig jeder Tag aufs Neue. Die Gewerkschaften schrecken vor keinem Opfer — das ihr zu bringen habt — und vor keinem Verrat zurück, wenn es das Profitinteresse des Stinnes-Kapitals so will. Der Geist von 1914 ist in den Herrschaften so lebendig, als wäre Krieg, Niederlage und Revolution nie gewesen. Wäre die deutsche Bourgeoisie noch gerüstet, könnte sie den Kampf gegen den französischen Imperialismus wagen, dieselben Gewerkschaftsführer würden die Arbeiter heute genau so zur Schlachtbank treiben, wie sie es im „großen Kriege" getan haben. Da Deutschlands Bourgeoisie aber militärisch ohnmächtig ist, machen sie heute in Pazifismus, insoweit und solange das der Regierung genehm ist. Stets ist diesen „Arbeiterführern" der Wunsch einer bürgerlichen Regierung Befehl.

Die Regierung wünscht die nationale Einheitsfront!

Und die Führer des ADGB. machen mit Eifer in nationaler Einheitsfront. (Natürlich mit dem Bürgertum einschließlich der Deutschnationalen. „Mit Kommunisten, Unionisten und sonstigen -isten" haben sie nach ihren eigenen Worten nichts zu schaffen).

Die Cuno-Regierung wünscht Generalstreik!

Und die Führer des ADGB. gehen sich alle Mühe, im Ruhrrevier eine nationalistische Streikbewegung zu entfachen. Ihr Eifer flaute aber sogleich ab, als die Streikbewegung zu einer Klassenauseinandersetzung zu werden drohte.

Die Cuno-Regierung braucht einen nationalen Streikfonds!

Und die Führer des ADGB. beeilen sich, die Arbeiter zur Leistung eines Stundenlohnes pro Woche aufzufordern.

Das sind dieselben Gewerkschaftsführer, die die Arbeiter aufforderten, für den Betriebsrätekongreß keinen Pfennig beizusteuern und die mit allen Mitteln die Sammlungen für die Klassengenossen in Ludwigshafen zu hintertreiben versuchten und die in Ludwigshafen eingegangene Gelder der Streikleitung bis zum heutigen Tage vorenthalten.

Bei einer solchen Praxis der Gewerkschaftsführer war ein wachsender Gegensatz zu den klassenbewußten Mitgliedern ganz unausbleiblich. Diesen Gegensatz suchen sie durch eine wohlorganisierte verlogene Kommunistenhetze zu verschleiern. Um die lästigen Mahner und Kritiker los zu werden, schrecken sie auch vor Spaltungen der Gewerkschaften nicht zurück. Das beweist die Geschichte der **ausgeschlossenen Bauarbeiter in Chemnitz**, das beweisen die Vorgänge im **Landarbeiter-, im Eisenbahner-Verband** und in einer Reihe anderer Organisationen.

Auf dem Gewerkschaftskongreß in **Nürnberg** (1919) wurde beschlossen, daß sich die Gewerkschaften zu den drei Arbeiterparteien **neutral** verhalten sollen. Die lokalen und zentralen Gewerkschaftsspitzen kümmern sich jedoch in der Praxis nicht im geringsten um ihren **eigenen** Beschluß. Sie betrachten die Gewerkschaften als Werkzeuge der MSPD. und provozieren die kommunistischen Mitglieder bei unzähligen Gelegenheiten. Bei den **sächsischen Landtagswahlen** wurden ganz offen die Finanzen der Gewerkschaften und die organisatorischen Einrichtungen der MSPD. zur Bekämpfung der KPD. zur Verfügung gestellt. Die Bureaukratie des Deutschen Landarbeiterverbandes im **Gau Magdeburg** ging soweit, daß sie in einem Rundschreiben den Landarbeitern sagte: „Die SPD. ist Eure Partei, sie ist die Partei der Gewerkschaften".

Die Preisgabe der Arbeiterinteressen im Interesse der sozialdemokratischen Koalitionspolitik bedeutet eine

ungeheure Gefahr für die Gewerkschaften.

Es heißt das Fundament der Gewerkschaften zerstören, wenn die Spitzen des ADGB. trotz des Beschlusses des Leipziger Gewerkschaftskongresses (1922) die Tätigkeit in den **Arbeitsgemeinschaften** unverhüllter und schamloser ausüben als jemals. (Siehe Aufforderung des ADGB. zu Sammlungen zum Internationalen Streikfonds).

Es heißt das Fundament der Gewerkschaften zerstören, wenn die Gewerkschaftsbureaukratie in einer Front mit dem Unternehmertum die **Betriebsräte**bewegung bekämpft, wenn Gewerkschaftsmitglieder, die am Betriebsrätekongreß teilgenommen, vom Unternehmertum und von der Gewerkschaftsbureaukratie mit der gleichen Begründung gemaßregelt werden.

Es heißt das Fundament der Gewerkschaften zerstören, wenn die Gewerkschaften sich in einem Kampf wie der der Pfälzer **Anilinarbeiter** offen auf die Seite der Kapitalisten stellen und durch ihren Verrat die Niederlage der Arbeiter herbeiführen.

Gewerkschaftsmitglieder!

Die unmittelbaren Folgen dieses fortgesetzten Verrats sind wachsende Empörung auf der einen und Interessenlosigkeit auf der anderen Seite. Die Wirkung für die Gewerkschaften liegt auf der Hand:

Rettungsloser Zerfall oder Tummelplatz der Faszisten,

das wird das Geschick der Gewerkschaften sein, wenn es nicht gelingt, sie wieder zu Organen des proletarischen Klassenkampfes zu machen.

Was ist zu tun?

Der Gedanke, durch Austritt aus den Gewerkschaften und durch Gründung neuer Organisationen den unheilvollen Zustand zu beseitigen, ist sinnlos. Ueberreiche Erfahrungen im In- und Auslande haben bewiesen, daß mit dem Weglaufen aus den Gewerkschaften die Position der reformistischen Bureaukratie nicht erschüttert und den Interessen der Arbeiterklasse nicht genützt wird.

Wo die Gewerkschaftsmitglieder fähig und stark genug sind, neue Organisationen aufzubauen, sind sie erst recht imstande, innerhalb der bestehenden Gewerkschaften Ordnung zu schaffen.

Gestützt auf die Erfahrungen der ganzen Welt, ruft der Parteitag den organisierten Arbeitern zu: **Bleibt in Euren Gewerkschaften! Sorgt dafür, daß den Reformisten das Handwerk gelegt wird.**

Den Unorganisierten, allen, die aus Verärgerung beiseite getreten sind, ruft der Parteitag zu: **Hinein in die Gewerkschaften! Stellt Euch in Reih und Glied und kämpft mit Euren Klassengenossen, damit die Gewerkschaften wieder zu einem Organ im Befreiungskampf des Proletariats werden.**

Die Geschlossenheit der Gewerkschaften ist nötiger als je. Die Thyssen und Stinnes sind entschlossen, den Achtstundentag — koste es, was es wolle — zu beseitigen. Die Faszistenbewegung wird immer gefahrdrohender, das Elend immer unerträglicher.

Wer in dieser Situation direkt oder indirekt die Spaltung einer Gewerkschaft verursacht, begeht ein Verbrechen an der Arbeiterbewegung. Nur die Kapitalisten, nur die Regierung und ihre Handlanger haben ein Interesse, die Revolutionierung der Gewerkschaften zu verhindern, und wenn das nicht gelingt, sie zu spalten. **Eure Interessen erfordern die Einheitsfront aller Werktätigen in Stadt und Land.** Deshalb wirkt die Kommunistische Partei ungeachtet aller Schmähungen und Verleumdungen für die einheitliche proletarische Kampffront, deshalb sind wir für die Eroberung und nicht für die Zertrümmerung der Gewerkschaften. Deshalb bekämpfen wir die Spaltung, deshalb treten wir dafür ein, daß ausgeschlossene Mitglieder und Ortsvereine von der ersten Stunde an den Kampf zu führen haben für ihre Wiederaufnahme.

Gewerkschaftsmitglieder!

Die Kraft der Kommunistischen Partei reicht allein nicht aus, um eine Spaltung der Gewerkschaften zu verhindern. Das kann nur gelingen, wenn **jeder von Euch in den Organisationen seine Pflicht erfüllt**, wenn jeder von Euch dazu beiträgt, das die Gewerkschaften wieder zu dem werden, was sie in ihrer besten Zeit gewesen sind. Blickt nach Italien, wo die Reformisten **die Gewerkschaften den Faszisten in die Hände** lieferten, und Ihr werdet begreifen, daß Ihr keine Stunde mehr länger gleichgültig und untätig bleiben dürft.

Kämpft gegen die Arbeitsgemeinschaften!

Erzwingt, daß in den Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Taktik Eure aktive Mitwirkung gestellt wird!

Erzwingt die Wiederaufnahme der ausgeschlossenen Einzelmitglieder und Ortsgruppen!

Kämpft gegen Teuerung und Elend auf der Grundlage des Programms des Reichsbetriebsräte-Kongresses!

Fordert die Einsetzung aller Machtmittel der Gewerkschaften zum Kampf gegen die großbürgerliche Cuno-Regierung!

Kämpft und agitiert für eine Arbeiter-Regierung!

Gewerkschaftsmitglieder!

Wir sagen es Euch offen, der Weg, den wir Euch weisen, fordert große Opfer. Aber er ist der einzige Weg, der ins Freie führt. Der einzige, durch den es Euch möglich ist, dem Elend zu entrinnen, das Euch, Eure Weiber und Kinder zu verschlingen droht.

Es ist noch nicht lange her, da liebten es die Gewerkschaftsführer, Eurem revolutionären Tatwillen mit hämischen Hinweisen auf die schwierige Lage in **Sowjet-Rußland** zu begegnen. Heute rufen wir Euch zu: Blickt nach Sowjet-Rußland! Studiert die Geschichte seiner heroischen Revolution und Ihr werdet finden, daß der Weg, den die russischen Arbeiter und Bauern gingen, der einzig richtige war, daß dies der Weg ist, den auch Ihr gehen müßt, wenn Ihr aus dem Elend herauskommen wollt. **In Sowjet-Rußland geht es, wenn auch unter großen Schwierigkeiten, vorwärts und aufwärts.**

Klassengenossen! In einer Stunde, wo die Faust des französischen Imperialismus auf dem Herzen der deutschen Wirtschaft lastet, ist es müßig, zu fragen, weshalb hat das arme, zerlumpte, vom Bürgerkrieg geschüttelte Sowjet-Rußland die Kraft gehabt, sich all seiner zahlreichen inneren und äußeren Feinde zu erwehren? Die Antwort ist: Weil die russischen Arbeiter und Bauern niemals die Bahn des Klassenkampfes verlassen haben, weil die rote Fahne unbefleckt blieb, deshalb senkten die französischen und englischen Soldaten die Mündung ihrer Gewehre, als man ihnen in **Odessa** und **Archangelsk** befahl, auf die rote Fahne zu schießen. Die Nutzanwendung für Euch liegt auf der Hand. Die Voraussetzungen für den Sieg des deutschen Proletariats über den französischen Imperialismus ist der Sieg über die eigene Bourgeoisie, der Sturz der Cuno-Regierung und die Errichtung einer Arbeiter-Regierung.

Wollt Ihr Euch von unerträglichem Elend befreien, so sammelt und organisiert Eure Kräfte auf der ganzen Linie.

Wollt Ihr Eure Organisation unwiderstehlich und siegreich machen, so säumt keine Stunde, um die Verräter in Euren eigenen Reihen schonungslos zu bekämpfen.

Die Eroberung der Gewerkschaften, Euer Sieg über die Reformisten wird der Sieg über die deutsche Bourgeoisie sein und Euer Sieg über die deutsche Bourgeoisie wird Euch den Sieg über den französischen Imperialismus verbürgen.

Beschlüsse des Parteitages

Angenommen wurde noch folgende

Resolution zur Gewerkschaftsfrage.

Der Parteitag begrüßt die Beschlüsse, die zur Gewerkschaftsfrage auf dem 4. Kongreß der Kommunistischen Internationale und auf dem 2. Kongreß der Roten Gewerkschaftsinternationale gefaßt wurden.

Nachdem die höchsten Instanzen der revolutionären Gewerkschaftsbewegung erneut die alte Linie gekräftigt haben, beauftragt der Parteitag die Zentrale, Abteilung Gewerkschaften, alsbald für die aktuellen Fragen in unserer Gewerkschaftsarbeit in Anknüpfung an die Beschlüsse des Berliner und des Jenaer Parteitages Richtlinien für die praktische Anwendung der Kongreßbeschlüsse herauszugeben.

•

Ferner wurde angenommen:

Entschließung zur Beamtenfrage.

Der Zusammenbruch des Kapitalismus hat auch große Massen der unteren und mittleren Beamten in die Verelendung gestoßen. Der kapitalistische Staat erweist sich immer mehr als unfähig, selbst dieser Schicht, die seither die Stütze seiner Herrschaft bildete, auch nur notdürftig den Lebensunterhalt zu gewährleisten. Massenentlassungen, Urlaubskürzungen, Vermehrung der Dienststunden, Raub des Streik- und schließlich des Koalitionsrechtes sind die Forderungen des Großkapitals und seines Anhangs, der monarchistischen Reaktion, und der republikanischen Regierung, die damit ihre bankrotte Finanzwirtschaft wieder in Ordnung zu bringen versucht. Durch die Erbitterung über den Raub ihrer Rechte durch die kapitalistische Gesellschaft, der sich ein Teil der sozialdemokratischen und Gewerkschaftsführer zur Seite stellt, ist besonders bei den Beamten die Gefahr sehr groß, daß sie den faszistischen Ideen zum Opfer fallen und zu bewußten und unbewußten Gegnern der Arbeiterklasse werden. In dieser Situation ist es die Aufgabe der Kommunistischen Partei, als der Partei und Vertreterin des Proletariats, auf das nachdrücklichste für die Interessen der Beamten einzutreten.

Die Partei bekämpft die bestehende Klassenbesoldungsordnung mit ihren Hungergehältern für die unteren Beamten und den phantastischen Gehältern der reaktionären Oberbureaukratie. Alle Gehälter sind mindestens auf das von den Gewerkschaften errechnete Existenzminimum zu erhöhen.

Die Entlassungen von unteren und mittleren Beamten, Angestellten und Arbeitern sind sofort rückgängig zu machen. Zu entlassen sind die noch im Amt befindlichen reaktionären höheren Beamten.

Die Beamtenausschüsse sind durch Beamtenräte zu ersetzen, die in allen Fragen der Anstellung, Entlassung und Pensionierung, in allen Fragen der Disziplinargewalt, der Besoldung und Dienstaltersberechnung das Entscheidungsrecht erhalten und in allen Betrieben des Reiches, der Länder und Gemeinden in enger Fühlungnahme mit den Kontrollausschüssen der Arbeiterschaft die Produktions- und Transportkontrolle ausüben.

Allen Beamten ist das uneingeschränkte Koalitions- und Streikrecht zu gewähren. Die bisher wegen Ausübung ihres Koalitions- und Streikrechts gemaßregelten Beamten sind unter voller Entschädigung für die entstandenen Verluste sofort wieder einzustellen, die verhängten Geldstrafen sind sofort zurückzuzahlen.

Der Parteitag beauftragt die Partei, sowie alle Fraktionen der verschiedenen Körperschaften des Reiches, der Länder und der Gemeinden, für die Durchführung dieser Mindestforderungen einzutreten. Die Partei selbst hat eine gesteigerte Propaganda unter den Beamten zu betreiben, um auch diese Schicht des Proletariats über das Wesen des Kapitalismus und des kapitalistischen Staates aufzuklären und um sie als Kämpfer für die Durchführung der Revolution zu gewinnen.

Mit einigen wenigen stilistischen Aenderungen stimmte der Parteitag sodann noch der Resolution der Zentrale: „Die politische Lage und die nächsten Aufgaben des Proletariats" ohne Widerspruch zu.

Unter Zustimmung des Parteitages verlas dann ein Vertreter der Jugendinternationale, Genosse Schulz, eine Sympathieerklärung mit der Zusicherung gemeinsamen Kampfes mit der Kommunistischen Partei und dem revolutionären Proletariat.

Die Kruppsche Konzession

Von E. (Moskau)

Am 16. Januar 1923 bestätigte der Rat der Volkskommissare den mit der Firma Friedrich Krupp abgeschlossenen Konzessionsvertrag. Dieser Vertrag ist einer der wichtigsten Konzessionsverträge der Sowjet-Regierung, und deshalb ist es nicht ohne Interesse, seinen wesentlichen Inhalt kennenzulernen.

Die russische Regierung überläßt der Firma 25 000 Dessjatinen Boden im Kreise Saal, Gouvernement Don, zur Führung einer rationellen Samenwirtschaft ohne Erschöpfung der Ertragsfähigkeit des Bodens.

Der Konzessionär hat nicht das Recht, das konzessionierte Gebiet oder einen Teil davon ohne Bewilligung der Regierung zu verpachten.

Die Höhe des für den Staat abzuliefernden Ertragteiles beträgt 17,5 Prozent der Gesamtmenge des Ernteertrages, franko Waggon, nächste Eisenbahnstation. Die Regierung hat das Vorkaufsrecht auf die übrige Produktenmenge zu den Preisen der Rotterdamer Getreidebörse mit Abzug der Frachtdifferenz und anderen Unkostendifferenzen.

Außer der Produktensteuer und der Gesponsteuer verpflichtet sich der Konzessionär, alle übrigen allgemeinen Steuern zu zahlen.

Der Konzessionär unterwirft sich allen Dekreten und Verordnungen der russischen Regierung, darunter auch dem Arbeitsgesetzbuche.

Der Konzessionär zahlt die vollen Zollgebühren, mit Ausschluß für jene Waren, die er unter der Kontrolle der Regierung auf Grund des allgemeinen Wirtschaftsplanes der Konzession zu Zwecken der Unternehmung einführt.

Nach Ablauf der Vertragsfrist ist der Konzessionär verpflichtet, die ganze Unternehmung in voller Ordnung und in vollem Betriebe der Regierung zu übergeben mit dem gesamten Inventar, und zwar in einem solchen qualitativen und quantitativen Zustande, in dem es sich zwischen dem 12. und 18. Jahre der Konzession durchschnittlich befand.

Nach Ablauf des 12. Jahres, vom Inkrafttreten des Vertrages an gerechnet, hat die Regierung das Recht, die Unternehmung zurückzukaufen.

Alle Unternehmen sind der Kontrolle der Regierungsinspektion unterworfen.

---

150 000 Papiermark für 20 Mark Gold. Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 5. bis 11. Februar zum Preise von 150 000 Mark für ein Zwanzigmarkstück, 75 000 Mark für ein Zehnmarkstück. Für Reichssilbermünzen wird der 3000fache Nennbetrag gezahlt.

Vom Tage

Barfuß im Winter. Der „Altmärker Volksfreund" in Stendal schreibt: Naßkalt und regnerisch zeigten sich uns die Tage im Januar. Fröstelnd hüllten sich die Menschen in ihre Mäntel, wenn sie in der glücklichen Lage waren, solche zu besitzen. So manche haben aber keine warme Winterkleidung. Ungenügend ernährt und bekleidet, sind sie den Unbilden des Winters ausgesetzt. So geht es vor allem vielen Jungen und Mädchen, die in dünnen Kleidern und schlechtem Schuhwerk morgens zur Schule eilen. Die satten Spießbürger, die auf die „hohen" Löhne der Arbeiter schimpfen, wissen nicht, wie traurig es in den meisten Arbeiterfamilien aussieht. Das Herz aber krampft sich zusammen, wenn man Kindern begegnet, die nicht einmal abgerissenes Schuhwerk haben, sondern im Winter barfuß gehen müssen. Den kalten und nassen Bürgersteig der Bismarck- und Altedorf-Straße trippelten Donnerstag früh zwei 8- und 10jährige Mädchen frierend herunter, das Gesicht vor Schmerz verzogen. Nicht schnell genug konnten sie die Füßchen heben, um sie für einen Augenblick von den naßkalten Pflastersteinen zu lösen. Ein Bild des Jammers und eine Anklage gegen die deutschen Verbrecher, die das Volk durch wahnsinnigen Wucher völlig aussaugen.

Familientragödie aus Not. Die Bahnarbeiterehefrau Gegenmantel in Guben warf zwei ihrer Kinder im Alter von 1 und 3 Jahren in die durch Hochwasser angeschwollene Lubst. Sie holte sie wieder heraus und stieß hierauf ihre zehnjährige Tochter in die Fluten. Diese rettete sich durch Schwimmen. Die Mutter warf dann nochmals die beiden Jüngeren in das Wasser und sprang selbst hinein. Alle drei sind ertrunken. Die ältere Tochter wurde dem städtischen Krankenhaus zugeführt.

Der verschwundene Stempel. Eine ungeheuerliche Fleischschiebung ist in Braunschweig aufgedeckt worden. Man wird unwillkürlich an den Skandal in den Chikagoer Wurstfabriken vor dem Kriege erinnert. Gedankenlos wird mit der Gesundheit des Volkes gespielt. Im Dezember vorigen Jahres verschwand vom dortigen Schlachthause der Stempel, mit dem das als gesund bezeichnete Vieh bezeichnet wurde. Der Verdacht des Diebstahls fiel auf einen Fleischermeister, konnte aber nicht begründet werden. Schließlich konnte er dieser Tage überführt werden. Bei dem Schlachtermeister Blume, Altewiekring, wurden zwei Tiere beschlagnahmt (ein Kalb und ein Rind), deren Fleisch vollkommen verdorben war, grün und blau aussah, schon von weitem stank. Das Fleisch war von außerhalb eingeschmuggelt und schon für die Abdeckerei bestimmt. Und nun das Ungeheuerliche! Dieses Schindangerfleisch war mit dem geluchten Stempel abgestempelt, sollte also als gesundes Fleisch durchgehen, verkauft und verarbeitet werden! Eine Hausschuling förderte auch den Stempel, in einer Kredenz verborgen, zutage.

Doppelmord. Der Zollbeamte Holm aus Neustadt hat seine Ehefrau und ihren Liebhaber, den Viehhändler Bock aus Xarplundfeld bei Flensburg, die er seit einiger Zeit verfolgte, in Kiel auf der Straße erschossen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230205-16/fragment/page=0003

Aus der Provinz

Erneuter Sieg im Merseburger Metallarbeiterverband

Eine neue Kraftprobe der vereinigten Angestellten. Das Mißtrauen der Arbeiterschaft gegen sie steigt.

Als am 14. Januar die erste Generalversammlung der Metall**arbeiter ergeben hatte**, daß die Liste Koenen mit 29 Stimmen **Mehrheit gewählt worden war**, bezeichnete Walter dies als einen Pyrrhussieg; Hennig erzählte noch am gleichen Abend, daß der **Hauptvorstand die Wahl nicht anerkennen und eine neue General**versammlung anberaumen werde, die aber anders vorbereitet werden **und anders ausfallen** sollte. Die Hennig, Walter und Konsorten **wußten sofort** einen Einspruch gegen die Beschlußfähigkeit der damaligen Generalversammlung, nämlich, daß Nichtmitglieder in der Versammlung anwesend gewesen sein sollen und auch Nichtwahlberechtigte. Da sie die Versammlung damals selbst „geleitet“ und selbst „kontrolliert“ hatten, mußten sie es ja natürlich **sofort** wissen, und der Hohenzollernstammtisch erzählt sogar, er habe das alles schon **vorher** gewußt. Sei dem nun wie es wolle: hineingedrängelt **oder** hineingeschoben —, die Nichtwahlberechtigten wurden jedenfalls innerhalb 24 Stunden festgestellt und der Einspruch ging gleichzeitig an den Hauptvorstand mit der Mitteilung von dem Ergebnis der Wahl ab.

Seitdem haben Walter und Hennig **keine Zeit und keine Mittel des Verbandes gescheut**, in allen Zahlstellen die Mitglieder „aufzuklären“, und die Größen der VSPD.-Fraktion haben ihre Parteiorganisation 14 Tage lang ausschließlich eingestellt auf die Vorbereitung des bestimmten Sieges vom 4. Februar. Das Kasperblättle hatte Hochkonjunktur und dabei Gelegenheit, sich besondere Lorbeeren zu verdienen. Dabei drängte sich Walter als der schuftigste der ganzen Clique vor, als den Wetterfahnen Daniel und Hennig angst geworden war vor ihrem eigenen Schwindel, den sie dort vorher abgelagert hatten. Jetzt haben sie das Ergebnis dieser Sorte von Arbeit vor sich und können den zweiten „Pyrrhussieg“ feiern. Die gestrige **Abstimmung hat 387 Stimmen für die kommunistische Liste Lehnert** gebracht, und für **die Liste Hennig von den Sozialdemokraten 332 Stimmen.** Ob der SPD.-Fraktionsschreiber im Kasperblättle wohl wieder „erfreut“ ausrufen wird: „Wir sind zufrieden mit diesem Erfolg“ und „Auf, Genossen, zu neuem Kampf!?“

Für die Kommunisten, und damit für die Gesamtarbeiterschaft, bedeutet dies Ergebnis einen Schritt vorwärts. Januar 1922 erhielt von 331 Stimmen die KPD. 162, die SPD. 169; am 14. Januar 1923 von 481 Stimmen 255 **die KPD.** und 226 die VSPD. und am 4. Februar 1923 von 719 Stimmen 387 **die KPD.** und 332 die VSPD. Das bedeutet in zwölf Monaten für die KPD. ein Fortschreiten des Stimmenunterschiedes, gemessen an der Gesammtstimmenzahl, von — 2 % auf + 6 % und in den letzten drei Wochen von 6 % auf + 7¾ %. Wir behaupten, daß **bei** einer dritten Generalversammlung sich diese Ziffer auf mindestens 15 bis 20 Prozent erhöhen wird, denn die inzwischen von den „Vereinigten Angestellten“ angewandten Machenschaften werden sich jetzt in der von ihnen nicht gewünschten Richtung auswirken und es ihnen sehr schwermachen, das sehr stark mißbrauchte Vertrauen der VSPD.-Arbeiter und mancher Indifferenter weiter zu erhalten oder zurückzuerobern.

Das lumpige Gebaren der Herren gegen den Genossen Koch haben wir hier ja schon klar gekennzeichnet. Aber selbst beim Schwindeln und Verleumden sind sie inkonsequent. Der Markstabilisator Walter nennt Genossen Koch in der Zeitung frech **einen Betrüger**; Daniel, der in der Generalversammlung 1922 elend Schiffbruch erlitten hatte mit solch niedrigen Anwürfen gegen Genossen Koch, erklärte am Sonntag: **man könne Genossen Koch keine Unehrlichkeit vorwerfen.** — Gegen den Genossen Koenen **hatte man beim Hauptvorstand ein Ausschlußverfahren erwirkt,** weil er wagt, heute noch das zu tun, was vor kurzem noch mit ihm zusammen die Daniel, Hennig, Ditzmann, Rößler usw. getan haben. Da der Hauptvorstand **scheinbar nicht recht mit**machen wollte, mußte dort nachgeholfen werden, und man schaffte es noch, daß dem Genossen Koenen am Sonnabend **per Eilbrief** die offizielle Mitteilung über die Eröffnung seines Ausschlußverfahrens zuging, so daß man ihn von der Generalversammlung los war als Teilnehmer und als Spitzenkandidat für die kommunistische Liste. Aber all der Schwindel half den „vereinigten Angestellten“ nicht, denn trotz alledem und alledem fanden sich 387 Metallarbeiter, die, allein auf ihren gesunden Sinn gestellt, ohne einen „angestellten Führer“ den übrigen 325 Metallarbeitern zeigten, daß auch sie allein gehen lernen würden, wenn sie nur den Mut hätten, sich von der Führung ihrer „vereinigten Angestellten“ loszusagen.

Für unsere Genossen in der neugewählten Ortsverwaltung beginnt, wenn der Hauptvorstand nicht noch wieder auf einen besonderen Ausweg gebracht wird, eine Zeit schwerer Arbeit. Denn nach all dem, was man bisher erlebt hat, dürfte ihnen von der Seite der berufsmäßigen Gewerkschaftszerstörer die Cunotaktik der passiven Resistenz und selbst offene Sabotage entgegengestellt werden. **Aber auch dieser Gang muß und wird durchschritten werden zur Erhaltung und Stärkung der Organisationen der arbeitenden Massen. Die Mitglieder unserer Partei und die mit uns Sympathisierenden haben daher ernsthaft zu wachen über die Gewerkschaftszerstörer und immer und überall ihre gewerkschaftlichen Pflichten zu erfüllen, in engster Fühlung mit der Verwaltung zu bleiben. Von den sozialdemokratischen Arbeitern erwarten wir ehrliche und aufrichtige Mitarbeit in ihrem Interesse wie im Interesse der Gesamtarbeiterschaft.**

Neue Löhne im Malergewerbe

Zur Neuregelung der Löhne für die erste Hälfte des Februar wurde für das deutsche Malergewerbe durch das Haupttarifamt unter dem Vorsitz des Geheimrats Wulff im Reichsarbeitsministerium am 31. Januar folgender Schiedsspruch gefällt:

„Zur endgültigen Abgeltung der bis zum 16. Februar eintretenden Teuerung werden die zurzeit geltenden Stundenlöhne mit Wirkung vom 2. Februar 1923 um durchschnittlich 70 Prozent erhöht. Die errechneten Löhne sind auf volle Mark aufzurunden, wobei Beträge unter 50 Pf. außer Betracht bleiben.“

Für das Lohngebiet Halle, Bitterfeld, Wittenberg, Merseburg, Weißenfels beträgt der Stundenlohn ab 2. Februar 748 Mk.

Brehna-Kitzendorf. Neuer Schiedsmann. Für den Amtsbezirk Kitzendorf-Torna wurde Genosse Donner als Schiedsmann bestätigt.

Delitzsch. Kartellsitzung heute, **Montag**, abend. Alle kommunistischen Karelldelegierten müssen unbedingt erscheinen.

Delitzsch. „Frontsoldaten heraus!“ Dem Stahlhelmbund ist der Kamm gar mächtig geschwollen, seitdem der Staatsgerichtshof das Stahlhelmverbot aufgehoben hat. Es zeigt sich nun, daß der Stahlhelmbund sich gar nicht aufgelöst hatte; seine Orts- und Bezirksgruppen, die alle intakt geblieben sind, traten sofort wieder in Tätigkeit. „Frontsoldaten heraus!“ ruft der Vorstand der Bezirksgruppe Delitzsch in einem mächtigen Inserat in dem Lokalblättchen aus. Jawohl, Frontsoldaten heraus! Es soll wieder eine Mauer aufgerichtet werden gegen den „Erbfeind“, es soll kriegerischer Geist gezogen werden, es sollen sogen. Freiheitskriege entfacht werden, um die Scharte von 1914/18 auszuwetzen. Deshalb werden die Frontsoldaten aller Berufe, Arbeiter und Angestellte, Kaufleute und Beamte, Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgerufen, sich in Reih und Glied zu stellen und mitzukämpfen. Was bedeutet das? Das bedeutet die Vorbereitung zu einem **neuen Krieg!** Darüber muß sich die arbeitende Bevölkerung klar sein. Ist denn das letzte vierjährige Völkermorden schon vergessen? Vergessen die Berge von Leichen, die draußen auf dem „Felde der Ehre“ geblieben sind? Vergessen die Kriegskrüppel, die in unendlicher Zahl herumhumpeln? Soll ein **neues Morden** beginnen? Es ist klar, je stärker die nationalistische Welle einsetzt, desto stärker wird der Druck unserer Gegner, die ein neues militärisches Deutschland fürchten. Die Fensterscheiben, die der Stahlhelm also einschlägt, muß das arbeitende Volk teuer bezahlen. Es wird nachgerade höchste Zeit, daß mit dem ganzen nationalistischen Gesindel endgültig aufgeräumt wird. Und da die kapitalistische Regierung mitsamt ihrem Staatsgerichtshof versagt, bleibt der Arbeiterschaft nichts anderes übrig, als den schärfsten Klassenkampf zu eröffnen. Voraussetzung ist dabei die Schaffung einer **Arbeiter-Regierung** und die Bildung der proletarischen revolutionären **Einheitsfront**, für die die Arbeiterschaft sich jetzt mit aller Macht einsetzen muß.

— **Achtung, Metallarbeiter!** Zu der am **Donnerstag**, dem 8. Februar, abends ½6 Uhr, im „Bürgergarten“ zu Bitterfeld stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung müssen alle kommunistischen Metallarbeiter bestimmt erscheinen.

Eilenburg. Ausgefallene Versammlung. Infolge der starken Zugeinschränkungen war der Landtagsabgeordnete Genosse Schulz leider verhindert, am Sonnabend Eilenburg zu erreichen. Unsere für diesen Abend angesetzte öffentliche Versammlung mußte deshalb ausfallen. Das spätere Stattfinden derselben wird rechtzeitig bekanntgegeben.

Eilenburg. Der Sprechtag für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene durch das Versorgungsamt Bitterfeld wird in diesem Monat am Mittwoch, dem 7. Februar, in Eilenburg im Rathause abgehalten; Beginn 9 Uhr vormittags.

Zeitz. Ein glänzender Erfolg der KPD. war die am Mittwoch nach dem „Preußischen Hof“ einberufene Internationale Kundgebung. Selten waren in Zeitz solche Massen in diesem, dem größten Versammlungslokal vereinigt, wie am Mittwoch. Der Saal war schon um 6 Uhr dicht besetzt, trotzdem die Versammlung erst um 7 Uhr beginnen sollte. Viele Hunderte mußten wieder umkehren, da sie keinen Platz, weder zum Stehen noch zum Sitzen, finden konnten. Schon die letzten Versammlungen zeigten, daß die kommunistische Bewegung in der ehemaligen Hochburg der VSPD. kräftig vorwärts marschiert. Der letzte Mittwoch hat alle Erwartungen übertroffen. Das muß ein Ansporn sein für unsere Parteigenossen, nicht zu rasten und zu ruhen, bis endlich die versumpfte VSPD. auch in Zeitz endgültig aus dem Felde geschlagen ist. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Die VSPD. macht verzweifelte Anstrengungen, sich zu behaupten; sie holt alle ihre Paradepferde heran. Aber trotz Levi, trotz Adolf Hoffmann, der nun die Situation retten soll, wird es ihr nicht gelingen, die kommunistische Flut zurückzudämmen. Folgende Resolution wurde in der Versammlung einstimmig angenommen:

„Tausende Arbeiter von Zeitz sind versammelt, um in diesem Augenblick der größten Gefahr für die Arbeiterklasse zu geloben:

Wir machen den verbrecherischen nationalistischen Rummel nicht mit. Die Bekämpfung der Ruhrbesetzung ist nur möglich durch den gleichzeitigen Kampf gegen das kapitalistische System in Deutschland. Wir brandmarken die Haltung der Arbeiterführer, die heute noch den Burgfrieden mit den Kapitalisten empfehlen, als Verrat und fordern von den Arbeiterparteien, daß sie sich in einer einigen Front zusammenschließen, die bürgerliche Regierung verjagen und eine Arbeiter-Regierung an ihre Stelle setzen, wie die Kommunistische Partei sie von der VSPD. und dem ADGB. als gemeinsam zu erkämpfen verlangt hat.“

Unter dem Gesang der „Internationale“ löste sich die imposant verlaufene Versammlung auf.

Sammelt für die „Rote Hilfe“

K·P·D

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau u. Kasse: Lerchenfeldstr. 14. Fernruf 1473. — Postscheckkonto Leipzig 107 001 Artur Sämisch, Bezirks-Sekretär. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Bezirksleitung. Dienstag, 6. Febr., nachm. 5 Uhr: **Sitzung.** Tagesordnung: Bericht vom Parteitag. Personalfragen. Organisatorisches.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Ortsleitung. Montag, 5. Febr., im Bureau, pünktl. 7½ Uhr: **Sitzung.**

Kommunistische J. d. A.-Mitglieder treffen sich **heute**, abends 6½ Uhr, im „Volkspark“, zu einer **wichtigen Besprechung** betr. Generalversammlung.

Sämtliche kommunist. Betriebsräte (Freigewerkschaftler). Mittwoch, den 7. Febr., abds. 7 Uhr, in der „Produktiv“: **Wichtige Sitzung.** Alle müssen erscheinen.

Kreis Bitterfeld.

Zschornewitz. Dienstag, 6. Feb., abds. 7 Uhr, im Kolonie-Gasthof: **Oeffentl. Einwohnerversammlung.** Referent: Landtagsabg. Genosse Kilian, Halle.

Holzweißig. Dienstag, 6. Febr. abds. 8 Uhr, im „Jugendheim“ (alte Schule): **Mitgliederversammlung.**

Kreis Delitzsch.

Delitzsch. Mittwoch, 7. Febr., abends 7½ Uhr, im „Lindenhof“: **Oeffentliche Volksversammlung.** Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Georg Schumann, Halle. Thema: Die Besetzung des Ruhrgebiets, Krieg oder Revolution.

In den nächsten Tagen trifft ein großer Posten
Weinbrand-Verschnitt 38/40 Proz.
(Galwesky-Fabrikat) *47
à Liter 3800,00 Mk., ein.
Bitte um Eilaufträge, wenn Sie noch billig kaufen wollen.
A. Willi Friedrich
Handelsvertreter für Spirituosen, zum Großhandel zugelassen.
Halle (Saale), Gütchenstr. 14.
Telephon 2866. Telephon 2866.

Felle
Schafwolle, Säcke und Stutzhaare kauft zu reellen Tagespreisen *58
Vogels Einkaufszentrale,
Landwehrstraße 20.

Wittenberg

Palast-Theater Lichtspiele u. Varieté.
Spielplan von Montag, den 5., bis Donnerstag, den 8. Februar 1923.
Erstklassiges großes Doppelprogramm:
Tarzans neue Mission.
6. Teil. **Elmo der Furchtlose.** 6. Teil.
In der Hauptrolle: **Elmo Lincoln.**
Percy Morans Verbrechen
Sensationsdrama in 5 Akten
In der Hauptr. **Hanna Lierke als Blaf Heat.**
Revolution im Kindergarten.
Lustspiel in 2 Akten. Verfaßt und inszeniert von Willy Hess.
Auf der Bühne: **Willy Cunard**, der brill. Rollschuhtänzer, **Marga Marneit**, Vortragskünstlerin und Sängerin.
In Anbetracht des großen Doppelprogramms Beginn der ersten Vorstellung pünktlich 6 und ¼9 Uhr. 124

Eisleben.

Kaufe
ausgekämmtes Haar
Kilo 4000 Mk. 103
Rieseler, Breiter Weg 33.

Helbra.
Sonnabd., 10. Febr. abends 7 Uhr, im Gasthaus z. „Kronprinz“:
Liederabend
v. Fräulein v. Goetz.
Eintrittspreis 150 Mk.
Um zahlreichen Besuch bittet 104
Der Arbeiter-bildungsausschuß.

Umpreßhüte
neuest. Formen für Sommer 1923 eingetroffen
Lina Zenner,
Markt 5. 106

Kunststopferei.
Annahme Fr. Zenner,
Eisleben, Markt 5.

Werbt für den „Klassenkampf“.

Arbeitsamt Eisleben

Petristraße 9. Fernsprecher 131.

Landwirtschaftliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Geschirrführer, ledig, Schweizer, verh., Oberschweizer.

Gewerbliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Arbeiter, jüngere und ältere, Buchhalter und Kontoristen, Chauffeure, Lithograph, Maurer, Sattler, Schriftsetzer, Zimmerleute.

b) **Offene Stellen:** Hausbursche, jg., Holzbildhauer, Kesselschmiede, Kupferschmiede.

Berufsamt.

a) **Lehrstellensuchende:** Bureaugehilfen, Dreher, Fleischer, Maurer, Schlosser, Schuhmacher, Schweizer, Stellmacher, Zimmermann.

b) **Offene Lehrstellen:** Bäcker, Buchdrucker, Friseure, Gärtner, Holzbildhauer, Klempner, Maler, Sattler, Schmiede, Schneider, Schornsteinfeger, Tischler, Verkäufer.

Anmerkung: Die Lehrstellen befinden sich zum Teil im Mansfelder Seekreis. Zum Teil wird Kost und Wohnung gewährt. Sprechzeit des Berufsamtes: Montags und Donnerstags von 8—1 und 2—5 Uhr, Sonnabends von 8—2 Uhr. Die Vermittlung erfolgt kostenlos.

Weibliche Abteilung.

a) **Arbeitsuchende:** Bureaugehilfinnen, Dienstmädchen, Frauen suchen Bureaureinigen, Gutsmamsell, 18 Jahre, Haustöchter, 16 Jahre, Kassiererin, Putzarbeiterinnen, Stütze, 28 Jahre, aufs Gut, Verkäuferinnen aller Branchen, Wirtschafterinnen, Arbeiterinnen.

b) **Offene Stellen:** Aufwartungen, Dienstmädchen, mit und ohne Kochkenntnissen, Köchin oder Stütze f. Privathaus, Lehrmädchen für Schnittwarengeschäft, Lehrmädchen für Putz- und Modewaren, Mädchen für Stall- und Feldarbeit, Stubenmädchen für Gut, perfekt im Nähen u. Servieren, Schneiderin, perfekt für Damenkonfektion, Verkäuferin, 18—29 Jahre, für Putz- und Modewaren, Verkäuferin für Schnitt- und Wollwarengeschäft. 109

Bekanntmachungen.

Das zur Feststellung der Grundlagen für die Ausschreibung der für das Kalenderj. 1922 aufzubringenden Seuchenentschädigungsgelder aufgestellte Verzeichnis der Besitzer von Pferden usw. und von Rindvieh liegt vom 6. d. M. an 14 Tage lang im Rathause, Zimmer Nr. 12, zur Einsicht aus. Innerhalb dieser Frist können Anträge auf Berichtigung des Verzeichnisses bei uns schriftlich oder mündlich zu Protokoll erhoben werden.

Eisleben, den 2. Februar 1923.

108 **Der Magistrat.**

Oeffentl. Zahlungsaufforderung.

Alle Steuerpflichtigen, die mit Zahlung der Reichseinkommensteuer für 1921, der Hundesteuer sowie der Kirchensteuer für das Steuerjahr 1921 noch rückständig sind, werden hierdurch aufgefordert, die zu zahlenden Beträge innerhalb 1 Woche an die Stadt-Steuerkasse abzuführen. Vorstehende Aufforderung gilt als Mahnung im Sinne der Verordnung über das Verwaltungszwangsverfahren. Bei Einzahlung der Steuern sind die entsprechenden Mahngebühren mit zu entrichten. Sie betragen ⅓ der ordentlichen Mahngebühren, mindestens jedoch 1,— Mark.

Eisleben, den 31. Januar 1923.

107 **Der Magistrat.**

Alle Parteischriften empfehl. die **Volksbuchhandlungen** Harz 42/44 und Lerchenfeldstr. 14.

UT
Leipziger Str. 88.
Marion
Geschichte einer Brettldiva in 5 Akten.
Hallo, mein Junge!
Lustsp. in 5 Akten.

W-T
Walhalla-Lichtspiel-Theater
Der Frauenkönig
6 Akte nach R. Eichackers Roman
Die 3 Lieben des Gaston Meder.
477

UT
U. Promenade 11a.
Die fünf Frankfurter
Die Geschichte ein. Milliardärsfamil. in 6 Akten.
Ums Nordkap i. Weiße Meer.
Mit deutschen Minensuchern zur Murmanküste.

Stadt-Theater.
Montag, ab. 7½ U.: **Kater Lampe.**
Dienstag: **Wettlauf mit dem Schatten.** 476

Nur hier
erhalten Sie das meiste Geld (überzeugen Sie sich) für
Platin- Gold- Silber- } Bruch
Brill. u. Zahngebisse
Otto Fuchtel, Gr. Märkerstr. 3, II l. 478

„Volkspark“.
Beide Säle für Konzert- u. Unterhaltungsabende noch frei. 472

Internationaler Bund der Kriegsopfer,
Ortsgruppe Halle a. d. S. 471
Mittwoch, den 7. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark“:
Mitglieder-Versammlung
Neben anderen sehr wichtigen Punkten steht auf der Tagesordnung der Vortrag eines Vertreters d. Dtsch. orthopäd. Werke über „Neuerungen im Prothesenbau“.
Das Erscheinen aller Prothesenträger ist dringend geboten.
Der Vorstand.

Der hohe Stand des Dollars sollte Sie veranlassen, Ihre
alten Gebisse,
sowie
Platin-, Gold-, Silber-, Dublee-
Bruch
zu verkaufen. 475
Reelle Bedienung.
Taxierung kostenlos.
Fr. Backhausen,
Bölbergasse 4, I. links.

Arbeitsmarkt
Geschirrführer,
unbedingt ehrlich und zuverlässig, guter Pferdepfleger, *57
findet Stellung.
Döllnitzer Mühlenwerke.

Am rechten Fleck
sparen Sie durch Gebrauch von Schuputz
Nigrin-Extra
*91 mit Garantieblatt.

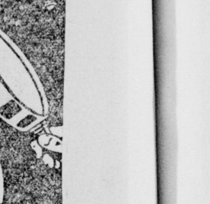
Mod. Theater.
Lesen Sie die
:: Kritik ::
in allen Zeitungen.
Das Millionen-Programm 470
hat großen Erfolg
Thea Athenos
mit ihren Grazien u. 10 hervorragende Kunstkräfte.

Schlafzimmer
auch einzelne Schlafzimmermöbel.
Küchen
in weiß, grau u. gelb
384 verkauft noch preiswert
Max Jungblut,
Albrechtstraße 37.

Beschäd. Elfenbein-
Billardbälle
kauft laufend
Höwing, 463
Prinzenstraße 12.

Kauft nur bei den **„Klassenkampf“-Inserenten.**

Junges, anständiges **Dienstmädchen gesucht. Max Weber** Flugpl.-Kasino [474



KOSMOS
Gesellschaft der Naturfreunde
bietet für jedermann einen
billigen und **guten** Lesestoff.
Belehrend. — Unterhaltend.
Jedes Mitglied erhält jährlich 12 reich illustrierte Monatshefte und 4 gute Bücher erster Schriftsteller, außerdem
Preisvergünstigungen
beim Bezug aller Kosmos-Veröffentlichungen.
Zu beziehen durch:
Prod.-Genossensch. f. d. Bezirk Halle-Merseburg, e. G. m. H.
Abteilung: Bezirks-Zentral-Buchhandlung, Halle a. d. S., Lerchenfeldstraße 14 und deren Filialen.

Nach langem Leiden verschied am Sonnabend meine liebe Frau, meine herzensgute Mutter 473

Emmi Heveker,

geb. Albig.

In tiefer Trauer

Otto Heveker u. Trudchen.

Halle, Lafontainestraße 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230205-16/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 5. Februar 1923.

Kampf gegen die Kirche

Keinem klassenbewußten Proletarier braucht die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Kirche bewiesen zu werden. Jeder, der den großen Krieg mit erlebt hat, kennt die schmachvolle Haltung der Kirchen aller Länder während des Krieges.

Er weiß, daß die Vertreter der Kirche Proletarier gegen Proletarier gehetzt, daß sie Völkerhaß und Völkermord verherrlicht haben. Wir müssen Verachtung, Hohn und Spott für die haben, die mit dem Volke ein Gaukelspiel treiben, es zur Knechtsgesinnung erziehen und es willig machen, das Joch der Ausbeutung zu ertragen. Selbst der größte Preußenkönig, der sich den ersten Diener des Staates nannte und die Formel „von Gottes Gnaden" aus dem königlichen Titel entfernte, machte für die Dummheit seiner Umgebung und des ganzen Volkes die Kirche verantwortlich. Die Theologen waren ihm die verächtlichsten Menschen, die er nie anders als Pfaffen nannte. Auch weigerte er sich, diese Menschen als Schulvisitatoren anzustellen. „Keinen Pfaffen, da kommt nichts mit heraus". Die haltischen Theologen erklärte er für evangelische Jesuiten und geistliches Muckerpack. Nichts ärgerte diesen König mehr als das versteckte, hinterlistige und heuchlerische Wesen, das die Geistlichkeit zur Schau trug. Nach seiner Ueberzeugung sei Theologie etwas Unvernünftiges und der, der sie lehrt, ein Mensch ohne Vernunft. Wenn seine Nachfolger nicht der Kirche ihre alte Machtstellung in noch verstärktem Maße wieder eingeräumt hätten, würde unser Volk nicht heute noch unter der Verpfaffung der ganzen Staatsmaschinerie, aller öffentlichen Einrichtungen und besonders der Schulen zu leiden haben.

Was verstehen unsere Kinder von dem Inhalt der Choräle, die sie singen, von den Bibelsprüchen, mit denen sie eingesegnet werden? Man erfüllt sie schon früh mit dem Gefühl ihrer Ohnmacht gegen die Rätsel des Lebens, anstatt sie mit Mut und Kraft zu erfüllen für den schweren Daseinskampf, der sie erwartet. Bewahrt Eure Kinder vor solchen Einflüssen! Euch ist in der Reichsverfassung volle Glaubens- und Gewissensfreiheit gewährleistet. Der Staat, der heute noch die Kirche, die die Unwahrhaftigkeit und Gesinnungslosigkeit sanktioniert, finanziell unterstützt, macht sich zum Mitschuldigen der Kirche, und die traurige Folge dieser Verhältnisse ist eine erschreckende Unehrlichkeit unseres gesamten geistigen und öffentlichen Lebens. Die Kirche ist nichts anderes als eine Art Polizei neben der staatlichen, eine den herrschenden Klassen dienende Institution zur Unterdrückung der Massen, um diese solange als irgend angängig der schrankenlosen Ausbeutung des Unternehmertums wie der politischen Rechtlosigkeit gefügig zu machen. Deshalb auf zum Kampf gegen die religiösen Wahnvorstellungen! Jeder Proletarier und jede Proletarierin muß den Kampf gegen die Kirche bewußterweise als ein Stück Klassenkampf auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung im Zeichen und im Geiste des Kommunismus führen.

Ecrasez l'infâme!

Heraus aus der Kirche!

Unsere Trägerinnen kassieren

in diesen Tagen den „Klassenkampf"-Abonnementsbetrag für Februar ein. Für die erste Monatshälfte (1. bis 15.) beträgt er 1000 Mk.; für die zweite Monatshälfte (16. bis 28.) 800 Mk. Wer neben dem „Klassenkampf" noch die Wochenzeitung „Das Wort" hält, bei dem erhöht sich die Summe um 200 Mk. und sind für die zweite Hälfte dann ebenfalls 1000 Mk. zu entrichten. Erleichtert unseren Trägerinnen die Kassierung.

Verlag Klassenkampf.

* **Studentenpöbel.** In der Nacht zum Donnerstag durchzogen sechs Studentenlümmels unter Absingen von monarchistischen Liedern die Straßen. In der Sophienstraße unternahmen sie einen Sturm auf die Gaslaternen. Die Lümmels teilten sich in zwei Parteien, damit keine Laterne verfehlt wurde. Bei jeder Laterne wurde „Halt" gemacht und kommandiert: „Los!" Je drei Mann traten dann mit aller Wucht gegen die Laterne bis der Glühstrumpf entzwei und das Licht erloschen war. An der Wilhelmstraße vergriffen sich diese übermütigen Wüstlinge sogar an einem kleinen Hund und mißhandelten diesen. Es ging weiter die Sophienstraße und Albrechtstraße durch. Ein junger Mann folgte den Radaubrüdern in der Hoffnung, einen Schutzmann zu treffen. Doch vergebens. An der Ludwig-Wucherer-Straße, Ecke Albrechtstraße wurde Halt gemacht. Hier kamen sie zu dem Entschluß, daß der Wirt in ihrem Korpshause frisch anstecken müsse. Sie bogen dann in die Hohenzollernstraße ein und verschwanden. So vertreibt sich dieses Studentengesindel die Zeit, indem es die städtischen Gaslaternen zertrümmert, die dann die Bevölkerung wieder bezahlen können.

* **Die Transformatorenanlage auf dem Marktplatz.** Der Bauausschuß verhandelte am Freitag über die Anlage einer unterirdischen Transformatorenanlage auf dem Marktplatz. Die von den Fachleuten des Elektrizitätswerks und des Hochbauamts empfohlenen Vorschläge fanden beim Bauausschuß keine Mehrheit, trotzdem diese Vorschläge die einzig mögliche und vom finanziellen Standpunkte die glücklichste Lösung bedeutete. Der Bauausschuß schlug vielmehr vor, die Umformerstation auf dem Hallmarkt zu errichten, damit der hessische sogenannte Siegesbrunnen nicht zu verschwinden braucht und damit die Marktkirche durch die in der Umformerstation entstehende Heizluft geheizt werden kann. Auch für dieses in vieler Beziehung nachteilige Projekt erwärmten sich wieder einige Sozialdemokraten, wie der Ingenieur Vollbracht und der Eigenbrödler Wolff. Hoffentlich gelingt es in der Stadtverordnetenversammlung, für das Projekt des Magistrats, die Umformerstation auf dem Marktplatz zu errichten, eine Mehrheit zu bekommen.

* **Eine Betriebsräte-Vollversammlung** findet am Donnerstag, dem 8. Februar, abends 7 Uhr, im „Volkspark" statt. Näheres im Versammlungsanzeiger der Dienstag-Nummer.

* **Internationaler Bund der Kriegsopfer.** Am Mittwoch, dem 7. Februar, abends 7½ Uhr, findet im „Volkspark" eine Mitgliederversammlung statt, in der ein Vortrag gehalten wird über die Neuerung im Prothesenbau.

* **Tod aufgefunden** wurde heute früh im Bett seiner Wohnung in der Goethestraße ein Arbeiter. Ob Selbstmord oder ein Verbrechen vorliegt, muß noch festgestellt werden.

Theater und Konzerte

Freie Volksbühne.

Infolge Erkrankung eines Mitgliedes des Streichquartetts übernahmen Dr. H. J. Moser und Felix Wolfes den Abend: zwei Liederzyklen von Robert Schumann, die „Kerner-Lieder" und „Dichterliebe".

Wie unanstößig wäre der Kunstgenuß gewesen, wenn Moser während seines (technisch guten) Gesanges sich das — „Eiserne Kreuz" nicht angehängt hätte. Das ständige Hinsehen-müssen auf diesen „herrlichen Orden" hat mir jedenfalls die reine Aufnahmefähigkeit des Abends beeinträchtigt.

Die „Dichterliebe", diese Vertonung Heinescher Gedichte, zeigt eine dem Dichter stark verwandte Begabung, auch in den für Heine bezeichnenden zynischen und verzweifelten Partien. Es war wertvoll, daß dieser Heine-Schumannsche Zyklus geboten wurde. Sie zeigen den großen revolutionären Dichter, dem das nationalistische Deutschland nicht einmal ein Denkmal gegönnt hat, von der Gefühlsseite.

„Liebe denkt in süßen Tönen, denn Gedanken stehn zu fern" — lautet das Programm der Schumannschen Romantik: Mondverträumte Gärten, quälende Liebe, sonnenbeglänzte Felder, überschwengliche Naturanbetung. Die „Kerner-Lieder" (nach dem Dichter Justinus Kerner benannt) sind oft nicht frei von übertriebener Sentimentalität. Auch hierbei bewährten sich die beiden Vortragenden aufs beste. K. W.

Die Proletarische Kulturvereinigung veranstaltet am Sonntag, dem 11. Februar, im großen Saale des „Volkspark" einen Proletarischen Unterhaltungsabend. Nachmittags von 4 bis 6 Uhr Musik, Gesangsvorträge, Rezitationen usw. Abends 7 Uhr: „Das Gesetz", Drama in drei Aufzügen. Während der Pausen Mandolinenvorträge. Der Besuch dieser Veranstaltungen kann nur empfohlen werden.

„Die neue Kriegsgefahr und die arbeitende Jugend"

So lautet das Thema einer öffentlichen Jugendversammlung, die am Mittwoch, dem 7. Februar, abends 7 Uhr, im „Volkspark" stattfindet. Jugendliche Arbeiter und Arbeiterinnen, erscheint zahlreich in dieser Versammlung. Agitiert bei Eurem Klassengenossen!

Milliardenverlust durch die Verpachtung der Stadtgüter

Der Magistrat will das städtische Gut Seeben weiterverpachten — Der Reingewinn für den Pächter von Gimritz beträgt viele hundert Millionen Mark — Der Flugplatz bringt der Stadt über 20 Millionen Mark Reingewinn

Der fortschrittsfeindliche Magistrat plant ein neues Attentat auf die Interessen der städtischen Bevölkerung. Aus einer Vorlage, die jetzt den Stadtverordneten zugegangen ist, geht hervor, daß ein großes städtisches Gut aufs neue verpachtet werden soll. Die Erfahrungen, die der Magistrat erst vor kurzem noch mit dem auf Gut Gimritz zum vielfachen Millionär gewordenen Oberamtmann Görg gemacht hat, der auch heute noch auf Grund eines richterlichen Urteils nur eine Pachtsumme für das 1200 Morgen große Gut von 28 Mk. für den Morgen zu zahlen braucht, haben den Magistrat nicht davon überzeugt, daß er durch die Verpachtung der städtischen Güter ein freventliches Spiel mit den Interessen der Stadt treibt. Die Haltung des Magistrats ist uns ganz unverständlich und fordert zum schärfsten Protest heraus. Denn gerade die Ergebnisse, die er mit der Eigenbewirtschaftung des nur 400 Morgen großen Ackergeländes auf dem Flugplatz erzielt hat, sollten ihn davon überzeugt haben, daß er durch die Eigenbewirtschaftung der übrigen städtischen Güter selbst die riesigen Summen herauswirtschaften kann, die die saboterenden Gutspächter bisher herausgewirtschaftet haben. Der kleine Flugplatz hat allein der Stadt einen Reingewinn von 20 Millionen gebracht. Das ist der 70fache Ertrag, gegenüber den Einnahmen, die die Stadt bisher aus allen Gütern (5000 Morgen für rund 300 000 Mk.) gehabt hat. Trotz dieses äußerst günstigen Ergebnisses, das unter den ungünstigsten Bedingungen erzielt wurde, will der Magistrat jetzt das in der Nähe des Flugplatzes befindliche 2000 Morgen große Gut Seeben, dessen Pachtvertrag im Juli 1924 abläuft, von neuem verpachten. Die Begründung des Magistrats für die Weiterverpachtung ist so lächerlich, daß wir die wesentlichsten Stellen hier mitteilen möchten. Er schreibt:

Ohne zu der Frage der Eigenwirtschaft eines Gutes durch die Stadtgemeinde grundsätzlich Stellung zu nehmen, kann der Magistrat die Eigenwirtschaft des Gutes Seeben ab Juli 1924 nicht empfehlen. Die Pachtverträge über die anderen städtischen Güter laufen wie folgt ab: über das Gut Gimritz am 31. März 1925 (etwa 1200 Morgen), über das Stadtgut am 30. September 1927 (etwa 800 Morgen) und über das Beesener Gut Ende Juni 1928 (etwa 1000 Morgen). Würde nun das Gut Seeben im Juli 1924 in die Eigenwirtschaft übernommen, so wäre der Stadt diese Aufgabe sogleich mit dem größesten (2400 Morgen) und wegen seiner verschieden gelegenen und verschieden gearteten Flächen auch schwerst zu bewirtschaftenden Gut gestellt, ohne daß ihr genügende Erfahrung mit einem kleineren und leichter zu bewirtschaftenden Gut zur Seite steht; denn die Erfahrungen mit den rund 600 Morgen auf dem Flugplatz und dem Beesener Exerzierplatz können natürlich für die Bewirtschaftung eines großen geschlossenen Gutes nicht maßgebend sein. Nun ist aber schon jetzt sicher, daß die Stadtgemeinde am 1. April 1925, also nur dreiviertel Jahr später, das Gut Gimritz des Pächters Görg in eigene Verwaltung übernehmen muß. Das ist in erster Linie deshalb notwendig, weil die Stadt über die Landstücke dieses Gutes, die zum größten Teil bereits unmittelbar im Bebauungsgelände liegen, jederzeit muß verfügen können. Hier kommt also eine Weiterverpachtung nicht in Frage. Erfolgt zunächst nochmals eine Weiterverpachtung des Gutes Seeben, so soll die Pachtzeit so bemessen werden, daß es als letztes der vier Güter wieder anfallen würde, und die Stadt bis dahin sowohl Gelegenheit zur Erfahrung mit landwirtschaftlicher Eigenverwaltung als auch zur Aufbringung der erforderlichen Mittel gehabt hat. In Aussicht genommen ist deshalb eine Weiterverpachtung auf sechs Jahre ab 1. Juli 1924, so daß sich die Rückgabetermine der vier Pachtgüter wie folgt stellen: 1. das Gut Gimritz für den 1. April 1925, 2. das Stadtgut für den 1. Okt. 1927, 3. das Gut Beesen für Ende Juni 1928 und 4. das Gut Seeben für den 1. Juli 1930.

Damit hätte sich die Stadtgemeinde die Möglichkeit geschaffen, planmäßig vorzugehen. Sonach kommt der Magistrat zu dem Schluß, daß es den Interessen der Stadt am meisten entspricht, wenn das Gut Seeben auf die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1930 an die verwitwete Frau Amtmann Boecker weiter verpachtet wird. Der Magistrat beantragt, die Stadtverordnetenversammlung möge zustimmen, daß mit der Frau Amtmann Boecker ein Pachtvertrag über das Gut Seeben für die Zeit vom 1. Juli 1924 bis 30. Juni 1930 zu einem Pachtpreise, der dem jeweiligen Marktpreis von 2 Zentnern freigehandeltem Roggen, auf den Morgen berechnet, entspricht, unter der Bedingung geschlossen werde, daß Frau Boecker bereits für die Zeit vom 1. Juli 1923 bis 30. Juni 1924 denselben Pachtzins und für die Zeit vom 1. Juli 1922 bis 30. Juni 1923 einen Pachtzins zahlt, der dem Marktpreise von 1 Zentner freigehandeltem Roggen und dem Preise für 1 Zentner Umlageroggen auf den Morgen entspricht."

Lediglich deshalb, daß die Stadt keine „genügende Erfahrung" zur Bewirtschaftung eines größeren Gutes hat, deshalb muß das Gut Seeben weiterverpachtet werden. Daß sich der Magistrat ein solches Armutszeugnis ausstellt, hätten wir wirklich nicht für möglich gehalten. Wir sind der Meinung, daß, um ein 2000 Morgen großes Gut in Eigenbewirtschaftung zu übernehmen, dazu nicht erst die Erfahrung mit einem 1200 Morgen großen Gute vorangehen muß. Diese windige Begründung weisen wir mit dem schärfsten Protest zurück und werden nicht zulassen, daß durch einen unfähigen Magistrat noch weiter die städtischen Interessen verschachert werden. Wenn der Dezernent, Stadtrat Fischer, glaubt, den Betrieb nicht fortführen zu können, den jetzt schon jahrelang die verwitwete Amtmann Boecker leitet, so hat er auf dem allerschnellsten Wege zu verschwinden.

*

Wir haben uns einmal die Mühe gemacht und festgestellt, was Herr Görg auf Gut Gimritz geerntet hat. Es ist selbstverständlich, daß unsere Aufstellung keinen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann, da es uns nicht möglich ist, alles genau festzustellen. Aber schon diese Zahlen beweisen, wie ungeheuer groß der Gewinn ist, den dieser Pächter im letzten Jahre aus unserem städtischen Gute herausgewirtschaftet hat.

Es wurden angebaut:

für Weizen 200 Morgen zu 18 Zentner = 3600 Zentner;
für Roggen 400 Morgen zu 15 Zentner = 6000 Zentner;
für Gerste 60 Morgen zu 18 Zentner = 1080 Zentner;
für Hafer 80 Morgen zu 17 Zentner = 1360 Zentner;
für Erbsen 20 Morgen zu 12 Zentner = 240 Zentner;
für Kartoffeln 80 Morgen zu 65 Zentner = 5200 Zentner;
für Zuckerrüben 250 Morgen zu 168 Zentner = 8400 Zentner;
für Lupinen 10 Morgen (drei Schnitte) 5000 Zentner.

Die jetzt notierten Preise für diese Produkte betragen: für Weizen 62 000—67 000 Mk.; für Roggen 55 000 Mk.; für Gerste 54 000 Mk.; für Hafer 46 000 Mk.; für Erbsen 70 000 Mk.; für Kartoffeln 3000 Mk.; für Zuckerschnitzel 30 000 Mk. Wenn wir diese Preise anführen, so soll damit gesagt werden, daß Herr Görg all seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse zu dem jetzigen Tagespreis verkauft hat. Nein, so demagogisch sind wir nicht. Von den 3600 Zentnern Weizen, den 6000 Zentnern Roggen und anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen soll er ruhig einige tausend Zentner für weniger als 1000 Mk. verkauft haben. Es bleiben ihm dann noch ungeheure Mengen, die er im freien Handel verkaufen kann. Außerdem ist Herr Görg ein guter Geschäftsmann und er wird nicht mehr verkauft haben, wie er unbedingt mußte. Wir wollen jan gar nicht untersuchen, ob Herr Görg Stroh und Spreu alles selbst verbraucht hat. Wollten wir auch das noch in Rechnung stellen, so kämen auch hierbei verschiedene Millionen heraus.

Außerdem hat Görg noch einen reichhaltigen Viehbestand, und zwar: 55 Milchkühe (Jahresleistung einer Kuh = 2000 Liter Milch), 50 Kälber (je einen Zentner schwer); 22 Arbeitspferde; 59 Sauen (wenn jede Sau durchschnittlich 13 Ferkel wirft, dann ergibt sich die Zahl 767 Stück — nach heutigem Preise viele viele Millionen); weiter werden etwa 20 fette Schweine zu drei Zentner jährlich verkauft, das sind 60 Zentner Schweinefleisch (ein Zentner Schweinefleisch kostet heute etwa 300 000 Mk.)

Es ist natürlich unmöglich, genau auszurechnen, wie groß der Reinverdienst des Herrn Oberamtmann Görg, Pächter des 1200 Morgen großen städtischen Gutes Gimritz, ist. Wir behaupten aber, daß **nach ganz vorsichtiger Schätzung viele hundert Millionen Mark allein in diesem Jahre aus der letzten Ernte in seine Tasche fließen werden.** Es kommt noch hinzu, daß Herr Görg Saatgutzüchter ist und außerdem, daß der größte Teil seiner Aecker durch neuartige Motorpflüge umsonst gepflügt worden sind. Er hat nur den Brennstoff dazu geliefert. Welche Steuersummen muß Herr Görg wohl bei einem solchen Rieseneinkommen aufbringen?

Wenn jemand behaupten wollte, unsere Rechnung sei übertrieben, so wollen wir den Reinverdienst noch von einer anderen Seite beleuchten.

Vor dem Kriege betrug der Pachtzins für den Morgen 28 Mk. Das entsprach an Naturalien etwa vier bis fünf Zentnern Körner. Bis vor kurzem hat Herr Görg nicht immer 28 Mk. für den Morgen bezahlt. Erst vor kurzem hat er sich diesen Pachtpreis noch einmal, als die Stadt infolge der Geldentwertung eine höhere Pachtsumme (100 Prozent, also 56 Mk.) forderte, von dem Hallischen Landgericht bestätigen lassen. Ob Görg tatsächlich jetzt mehr bezahlt, entzieht sich unserer Kenntnis. Das „Volksblatt" behauptet, daß die Stadt jetzt 80 000 Mk. Jahrespacht bekommt, umgerechnet auf einen Morgen sind das 76 Mk. Herr Görg braucht heute, wenn er die Jahrespachtsumme für das ganze Gut bezahlen will, also etwas mehr wie einen Zentner Weizen zu verkaufen und er hat seine Verpflichtungen an die Stadt erfüllt. Würde aber der Pachtpreis in Natura im Verhältnis zur Vorkriegszeit: vier Zentner Körner auf einen Morgen betragen, so würde die Pachtsumme (nach den letzten Notierungen) etwa so lauten: 1200 Morgen à vier Zentner Roggen (à 7 Mk. = 28 Mk.) = 4800 Zentner Roggen. Nach den letzten Notierungen beträgt der Roggenpreis 54 000 Mk. Also würde die Pachtsumme betragen: 4800 Zentner Roggen × 54 000 = 259 200 000 Mk. In Wirklichkeit aber bezahlt Herr Görg nur 80 000 Mk. im ganzen. Die rund 260 Millionen Mark sind die Pachtsumme, die Herr Görg nach dem Verhältnis vor dem Kriege bezahlen müßte. Ein Pächter aber pachtet nicht ein Gut, um nur die Pacht herauszuschlagen, sondern er will auch etwas verdienen. Ist es darum zuviel gesagt, wenn wir behaupten, daß Herr Görg in diesem Jahre viele hundert Millionen Mark Reinverdienst hat?

Um diese vielen hundert Millionen Mark wird die städtische Bevölkerung durch die Interessenpolitik des Magistrats betrogen. Weil der Magistrat keine Erfahrung in der Eigenbewirtschaftung hat, will er jetzt erneut ein städtisches Gut verpachten, nicht aber zu einem Preise, der dem Pachtpreis der Vorkriegszeit entspricht, also etwa vier Zentner Körner, sondern nur zwei Zentner. Wir bewundern tatsächlich die Kühnheit des Magistrats, mit einer solchen Begründung und mit einem so niedrigen Pachtzins an die Oeffentlichkeit zu treten. Die Arbeiterschaft wird nicht zulassen, daß der Plan verwirklicht wird, der wiederum die Stadt um viele Millionen Mark schädigt. Die Arbeiterschaft verlangt die Uebernahme aller städtischen Güter in die Eigenbewirtschaftung.

Filmnachrichten

C.-T.-Lichtspiele am Riebeckplatz. Der Spielplan für die Woche vom 2. bis 8. Februar bringt einen Einakter „Flimmerfimmel". Das ganze Stück ist mehr wie „leer"reich. Der Humor, der auch in der heutigen schweren Zeit nicht gern vermißt wird, kommt in dem Bühnenstück allerdings voll zur Geltung. Der Film „Der Favorit der Königin Elisabeth von England" ist interessant genug, von jedermann gesehen zu werden. „Volkswille ist Gottes Wille" ist die Losung in den Szenen. Herr Direktor Künzel hat in der Auswahl dieses Filmes auf alle Fälle das richtige getroffen. Wird doch darin gezeigt, daß in der „alten, guten Zeit" sich die Verräter durch Intrigen und Mord vorübergehend an der Macht halten konnten, während die Volkserlöser gehängt und gevoltert wurden. Der Arbeiter kann dabei eine Parallele mit der heutigen Zeit ziehen. Der Besuch der C.-T.-Lichtspiele am Riebeckplatz kann nur empfohlen werden.

Arbeiter-Sport

Sport-Kartell Halle. Am Dienstag, dem 6. Januar, abends pünktlich ½8 Uhr, findet im Restaurant zur „Goldenen Kette", Alter Markt, die diesjährige Gen.-rol.-Versammlung des Sport-Kartells statt. Es ist Pflicht der Delegierten, vollzählig zu erscheinen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Louis Drechsler; für Anzeigen: Erik Kraft, Halle, Merseburgerstraße 14.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230205-16/fragment/page=0005

Kämpfende Jugend

Der junge Arbeiter

Von Alfons Petzold.

In Dämmerfrühe
Muß ich schon geh'n
Ins Haus der Mühe
Und Eisen dreh'n.

Wie hart und spröde
Ist doch der Stahl.
Ich schürf' und löte
In langer Qual.

Der Eisenspäne
Schartiger Rand
Frißt mir wie Zähne
Blutig die Hand.

Und jede Stunde
In dieser Haft
Schlägt eine Wunde
Der Jugendkraft.

Arbeiterjugend, Du sollst 60 Stunden in der Woche arbeiten!

Der Reichswirtschaftsrat hat den Beschlüssen des sozialpolitischen Ausschusses zugestimmt, die besagen, daß einschließlich der Fortbildungsschule **die Arbeitszeit der Jugendlichen in der Woche auf 54 Stunden erhöht werden soll.** Weiter können nach diesem Gesetzentwurf die Lehrlinge jeden Tag eine weitere Stunde zu Aufräumungsarbeiten herangezogen werden, **das bedeutet für die Jugend 60 Stunden Arbeit in der Woche.**

Außerdem wird das Schutzalter auf 16 Jahre herabgesetzt und die Jugend auf dem Lande bleibt überhaupt schutzlos.

Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden.

Junge Arbeiter, Arbeiterinnen, Lehrlinge, nehmt in Betriebs- und Schülerversammlungen dazu Stellung! Protestiert gegen die schändlichen Pläne der Kapitalisten! Ihr müßt gemeinsam mit der erwachsenen Arbeiterschaft den Kampf aufnehmen, sonst geht Ihr zugrunde!

Streik in Hettstedt

250 jugendliche Arbeiter unter 17 Jahren hatten am Montag, dem 29. Januar, früh, ihre Arbeit niedergelegt, weil der Unternehmer ihren Lohn um 3 Prozent abbaute. Gewerkschaften und Betriebsräte hatten den Lohnabbau unterzeichnet. Die Jugendlichen antworteten mit dem Streik. Der Kampf, der mit einem einheitlichen Willen aufgenommen wurde, ist nach einem Tage zusammengebrochen. Die Direktion ließ erklären, daß, wenn bis Dienstag mittag die Arbeit nicht wieder aufgenommen sei, sämtliche Streikenden entlassen wären. Nach dieser Erklärung wurde die Arbeit wieder aufgenommen. Einige Kollegen sind aber gemaßregelt worden. Es ist nicht das erstemal, daß die Jugend gegen den drohenden Lohnabbau gekämpft hat. Die nächsten Wochen werden der Jugend noch mehr Kämpfe und auch Streiks bringen. Aber unsere Aufgabe ist es, wenn die kommenden Kämpfe nicht im Sande verlaufen sollen, sie zu unterstützen und festzustellen, welche Fehler unsere Genossen begangen haben und was getan werden muß. Nachdem das Lohnabkommen von den Gewerkschaften und den Betriebsräten (in ihrer Mehrheit VSPD.) unterzeichnet war, legten die Jugendlichen die Arbeit nieder, ohne vorher Rücksprache mit den Gewerkschaften und Betriebsräten genommen zu haben. Erst nachdem man den Kampf aufgenommen hatte, nachdem die Arbeit niedergelegt war, begann man mit den Betriebsräten zu verhandeln. Die Betriebsräte, die ja durch ihre Unterschrift auch den Lohnabbau mit gutgeheißen hatten, unterstützten den Streik nicht. Die Belegschaft, und dies ist der große Fehler, der gemacht wurde, wurde nicht in Kenntnis gesetzt. Ja, wie festgestellt wurde, wußten die alten Kollegen nicht, warum die Jungen streikten. Hier wäre es Aufgabe der Jungen gewesen, den Alten zu sagen, daß sie den Kampf gegen den Lohnabbau, der zuerst beim Jungproletariat anfängt und bei den Alten aufhört, führen. Es mußte darauf hingearbeitet werden, daß die gesamte Belegschaft sich mit dem Jungproletariat solidarisch erklärte. All die Kämpfe, die Streiks des Jungproletariats werden erfolglos bleiben, wenn es der Jugend nicht gelingt, eine Einheitsfront mit der gesamten Arbeiterschaft herzustellen. Weiterhin zeigte sich, daß kaum ein Drittel der Streikenden gewerkschaftlich organisiert war, folglich auch keinen Druck auf die Gewerkschaften ausüben konnte. Sie standen vom Beginn ihres Kampfes an isoliert da. Es war keine Verbindung zwischen den Instanzen der Arbeiterschaft, der Belegschaft und der Jugendorganisation. Wohl hat die KJ. in Hettstedt mit in den Kampf eingegriffen. Hier wurde der Beweis gegeben, wie notwendig es ist, daß wir **Betriebsvertrauensleute der Jugend und Fraktionen haben.** Denn wenn wir unseren Einfluß in den Betrieben mehr geltend machen würden, dann wäre ohne weiteres die Führung des Kampfes in unseren Händen geblieben und es wäre dadurch, daß eine gute Verbindung besteht, der Kampf erfolgreicher geführt worden.

Dieser Kampf, der 24 Stunden währte, zeigt uns die Notwendigkeit einer straffen Betriebsarbeit. Nachdem nun der Kampf vorüber war, haben unsere Genossen von den Betriebsräten eine gemeinsame Sitzung verlangt. In dieser Sitzung ist gefordert worden, daß 1. der Betriebsrat sofort Verhandlungen mit den Unternehmern anbahnt, damit die Gemaßregelten wieder eingestellt werden; 2. Rückgängigmachung des Lohnabbaues; 3. Zulassung von Jugendvertretungen zu den Betriebsratssitzungen. Dann wurde eine Resolution mit den gleichen Forderungen an das Gewerkschaftskartell gerichtet. Dadurch ist erreicht, daß erstens die Organisation der Arbeiterschaft sich eingehend mit der Jugendfrage befaßt und zweitens ein engeres Arbeitsverhältnis zwischen den Organisationen hergestellt wird. Der Streik, der von Indifferenten geführt wurde, zeigt weiter, daß jetzt ein größerer Kreis von Jugendlichen Stellung nimmt zu den Tagesforderungen, bereit ist, für die Erhaltung ihrer Arbeitskraft mit allen Mitteln zu kämpfen. Unsere Aufgabe ist es, jetzt an den Ausbau unserer Betriebsarbeit heranzugehen und alle Aktionen des Jungproletariats einheitlich zu organisieren. Nur dadurch, daß von unserer Seite die impulsiven Kämpfe des Jungproletariats einheitlich geleitet werden, ist es möglich, daß die kommenden Kämpfe erfolgreich geführt werden.

Schubotz.

Die profitgierigen Delitzscher Handwerksmeister

Trotz wiederholter Anprangerung durch das Delitzscher Jugendkartell, trotz Bestrafung der Handwerksmeister können diese noch immer nicht davon ablassen, das ihnen ausgelieferte jugendliche Proletariat mit immer neuen Mitteln auszusaugen und zu knechten. Folgende Fälle von Mißhandlungen und schwerster Ausbeutung sind aus sicherer Quelle bekannt. Bezeichnend ist, daß auch schon bestrafte Meister trotzalledem noch immer frech ihre Knute über die Lehrlinge schwingen. Wir geißeln darum nochmals ganz scharf diese sauberen Herren.

Allen voran marschiert der Klempnermeister Richard Geißler, der seinen Lehrling täglich elf Stunden beschäftigt, ihn dafür keinen Lohn zahlt und ihn noch obendrein in sehr fragwürdiger Weise behandelt.

Dem folgt der Schuhmachermeister Hermann Brendecke (ist bereits schon einmal von uns angeprangert) mit elf Stunden Arbeitszeit und einem Wochenlohn von 20 Mark.

Der Sattlermeister Kaul Mazerhofer steht keineswegs obigen nach. Seine beiden Lehrlinge beschäftigt er zehn Stunden täglich bei schlechter Behandlung, der sich die Lehrlinge schon durch Flucht entzogen haben. Ferner leisten sie für den Meister Hausarbeit, diese besteht darin, daß sie Mist fahren und Schweine treiben.

Der „biedere" Stellmachermeister Otto Leubner dehnt die Arbeitszeit auf täglich 9½ Stunde aus, bei einem wöchentlichen Entgeld von 5 Mark. Nebenbeschäftigungen sind dort Asche- und Mistfahren.

Ein bestimmtes Ausmergelsystem hat sicher Malermeister W. Lehnig ausgedaut. Die tägliche Arbeitszeit der Lehrlinge beträgt im Sommer 10½, im Winter 11½ Stunde.

Die erzieherische Seite des Lehrvertrages ermächtigt den Meister Paul Hoffmann, den Lehrling nach dem Prinzip der Erziehung durch Prügel zu behandeln. Zur Heranziehung eines knechtischen Geistes ist ihm die Sonntagsarbeit ein willkommenes Mittel. Jedoch schafft sie ihm Profite genug, seinen nicht bei ihm wohnenden Lehrling wöchentlich 200 Mark zu zahlen, sicherlich die Belohnung für Mißfahren.

Schlossermeister Wandt bequemt sich endlich acht Stunden arbeiten zu lassen mit Ausnahme des Sonnabends, wo eine dreiviertel Stunde Ueberarbeit geleistet werden muß. Dafür aber ist die schlechte Behandlung sprichwörtlich.

Weiter Ueberschreitung des Achtstundentages lassen sich der Stellmacher Gräfe und der Elektrotechniker W. Merz zuschulden kommen.

Dem Bauschlosser Nebel sind seine vier Lehrlinge ein willkommener Gegenstand der Ausbeutung. Zwar wird der Achtstundentag eingehalten, aber nebenbei besteht die Hauptausbildung der Lehrlinge im Kutscherspielen.

Derartige Ausbeutung wird nun allerdings in nächster Zeit von der jetzigen Regierung durch die Annahme des Arbeitszeitgesetzes geschützt werden. Was dann dem Jugendlichen in der Lehre bevorsteht, wird nicht mehr in Worte zu fassen sein, da jetzt schon derartige Fälle schwerster Ausbeutung zu verzeichnen sind. Nur der jugendliche Arbeiter, Lehrling und Fortbildungsschüler kann sich mit Hilfe seiner Alters- und Klassengenossen vom Joch der Ausbeutung befreien. Dem Jungproletariat werden die Wege, welche es zu gehen hat, in der KJ. gezeigt werden. Es möge mit ihr kämpfen und ihr vertrauen.

Aus unseren Gruppen

Gründung der Gruppe Belleben

Auch die Proletarierjugend in Belleben ist erwacht! Schon immer schauten wir nach unserer Brudergruppe Gerbstedt hinüber und wünschten uns nichts Sehnlicheres, als auch in unserem Orte eine solche Gruppe zu haben. Ja, aber der Wunsch geht ja nicht in Erfüllung, wenn man nicht zur Verwirklichung desselben beiträgt. Noch waren wir zaghaft und wagten uns nicht so recht heraus, wußten wir doch nicht, ob wir uns auch festigen würden. Aber endlich faßten wir doch Mut und mit Unterstützung der Ortsgruppe Gerbstedt veranstalteten wir eine Jugendversammlung. Ein Parteigenosse schilderte uns die Entstehung der Jugendbewegung in Deutschland und dann die weitere Entwicklung derselben. Dadurch konnten wir gleich eine unserer Hauptaufgaben herausschälen, und zwar die **Führung des wirtschaftlichen Kampfes.** An diesem Abend traten 15 Jungens in die KJ. ein. Die Mädels haben wir leider noch nicht erfaßt, doch hoffen wir, daß auch diese, genau so wie in den anderen Gruppen, die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes erkennen. — Wir müssen zwar noch sehr viel lernen, noch sind wir angewiesen auf die Unterstützung der Gruppe Gerbstedt, aber sehr bald werden wir dieser gleichstehen, so daß wir dann ebenfalls in der Lage sind, die umliegenden Orte dafür zu gewinnen, Gruppen der KJ. zu gründen.

Unsere begonnenen Unterbezirkskurse

Am Sonntag, dem 28. Januar, fanden in den Unterbezirken Mansfeld und Sangerhausen unsere ersten Unterbezirkskurse statt. Diese bedeuten einen Fortschritt für unsere Organisation und weitere Arbeit. Noch zeigten sich hier und da organisatorische Mängel, aus denen wir für die nächsten Kurse gelernt haben. Doch die Abwicklung der Arbeitsprogramme ging glatt von statten. Auch die Beschickung, besonders im Unterbezirk Sangerhausen, kann man als eine gute bezeichnen. Dort waren sieben Ortsgruppen mit 28 Delegierten anwesend. Im Unterbezirk Mansfeld erschienen sechs Ortsgruppen mit 33 Delegierten.

Zu den Themen selbst muß gesagt werden, daß die Referenten es verstanden haben, den richtigen Ton gegenüber den so wenig geschulten Teilnehmern zu finden. Der Vortrag über das Programm war allerdings nach allgemeiner Ansicht auf beiden Kursen etwas zu schwer. Das lag daran, daß der größte Teil der Teilnehmer für die theoretischen Darlegungen noch nicht aufnahmefähig genug waren, vielleicht hätten die Referenten aber auch versuchen können, nicht gar zu viel von dem Stoff auf einmal zu bieten. Es muß ja anerkannt werden, daß die Zeit für dieses Thema zu kurz war, Trotzdem zeigte die lebhafte Diskussion, daß die Teilnehmer doch, so gut wie sie konnten, dem Referenten gefolgt waren. Bei den übrigen drei Themen muß festgestellt werden, daß die Referate von manchem bisher Gebotenen sehr vorteilhaft abstachen, vor allem wurden mehr die praktischen Seiten der Themen gestreift. Demzufolge waren natürlich auch die Diskussionen weit lebhaftere, und erfreulicherweise ergingen sich die daran Beteiligten nicht in lange theoretische Auseinandersetzungen, sondern gaben praktische Vorschläge für die weitere Arbeit in den Unterbezirken.

Ueber die Erfolge der Kurse läßt sich heute noch nichts sagen, das muß sich vielmehr jetzt in den vertretenen Gruppen zeigen. Das eine aber steht fest, daß diesmal mehr als bisher mit aller Gründlichkeit all die Fragen des wirtschaftlichen Kampfes, der Bildungs- und Organisationsarbeit aufgerollt worden sind. Alle in diesen Fragen gemachten Fehler wurden ganz scharf kritisiert, jedoch auch gleichzeitig wieder praktische Vorschläge gemacht. Sollen jedoch alle auf dem Kursus gemachten Vorschläge und Erfahrungen nicht umsonst gewesen sein, so muß nun die begonnene Arbeit in den Gruppen und Distrikten und natürlich auch in den Unterbezirksleitungen ihre Fortsetzung finden.

Neue Literatur

„Jugend-Internationale". Kampfolgen der Kommunistischen Jugendinternationale, Nummer 4/5 des 4. Jahrgangs, ist soeben in guter Ausstattung erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Volny: Der Kampf gegen den Krieg. Jaques Doriot: Die Kriegsdrohungen und die Jugend. Der Generalstab der proletarischen Revolution. Bericht des Genossen Sinowjew auf dem 3. Weltkongreß der KJI. Der 3. Kongreß der KJI. L. Schatzkin: Der Weg zu den Massen. D. Tarchanow: Illegalität und Massenarbeit. N. Guptner: Die Betriebsrätebewegung und die KPD. B. Ziegler: Die Bildungsarbeit nach dem 3. Kongreß. Die Rubriken: „Aus der Jugendinternationale", „Kommunistische Studentenbewegung", „Aus den andern Jugendinternationalen" bringen gutes Material über die internationale proletarische Jugendbewegung. Im Feuilleton: Leo Trotzki, Meine Flucht aus Sibirien. R. Barbor, Jerry Pilger (Tod eines Revolutionärs). Deutsch von Hermynia Zur Mühlen. Die Titelzeichnung eines ungarischen Jugendgenossen versinnbildlicht die Verse von Oskar Kanehl: „Proletarier erschlagen! — Wer fragt danach?" — „Wir, Proleten, wir fragen danach!"

Die Klerisei

64] Roman von Nikolaus Leskow

„Gar nicht frech, denn ich hab' Euch lieb; wie könnt Ihr aber Gewalt über mich haben, wo Ihr doch so schwach von Charakter seid, daß sogar der Subdiakon Sergej Euch Grobheiten sagt."

„Das tut er! Gegen mich sind alle grob! Deine Reden aber sind einfach dumm!"

„So, zeigt jetzt, was Ihr über mich vermögt und verhindert mich, so zu reden."

„Ich will Dich nicht verhindern, ich . . . ich will nicht, weil ich als Freund zu Dir kam und Du gegen mich grob warst . . . Lebe wohl!"

„Wartet doch, Vater Zacharia! So war's nicht gemeint!"

„Nein, nein, laß mich, Du hast mir wehgetan."

„So geht in Gottes Namen."

„Du bist ein Grobian, ein ganz schlimmer Grobian."

Und Zacharia ging in der Hoffnung, der Diakon werde allgemach des Kekeins müde werden und von selber wieder herauskommen; jedoch es verging noch eine ganze Woche und Achilla zeigte sich nicht.

„Sie werden vergessen", sagte er immer wieder vor sich hin, „bestimmt werden sie vergessen." Und dieser Gedanke ließ ihn nicht los, und vergeblich strengte er sein Hirn an, wie er das Uebel abwehren könnte.

Um Achilla aus seiner Höhle ans Tageslicht zu locken, bedurfte es eines ganz besonderen Ereignisses.

Eines Morgens wachte Achilla früh gegen sechs auf und blickte nach den ersten Sonnenstrahlen, die durch das winzige Fensterlein über der Tür in seine Kammer zu dringen versuchten —, da kam Vater Zacharia in großer Hast gelaufen und erzählte, daß an Stelle des verstorbenen Tuberozow ein neuer Propst ernannt sei.

Achilla wurde bleich vor Aerger.

„Freut es Dich denn nicht?" fragte Zacharia.

„Was geht es mich an?"

„Wieso geht es Dich nichts an? Frag doch erst, wer ernannt ist."

„Als ob mir das nicht ganz gleichgültig wäre!"

„Ein Akademiker!"

„Na ja, ein Akademiker! Und darüber freut Ihr Euch! Nein, bei Gott, Ihr steckt noch voll Eitelkeit, Vater Zacharia!"

„Wieso Eitelkeit? Ein Akademiker — das will sagen: ein kluger Kopf!"

„Wieder was Neues: ein kluger Kopf! Mag er doch klug sein! Werden wir zwei davon etwa klüger?"

„Du wirst wieder grob."

„Fällt mir gar nicht ein. Ihr denkt daran, wie Ihr den Neuen empfangen sollt, und ich — daß ich den Alten nicht vergesse. Wo steckt da die Grobheit?"

„Es lohnt gar nicht, mit Dir zu reden", sagte Zacharia und zog geärgert von dannen. Achilla aber erhob sich sofort, wusch sich und lief zum Polizeichef mit der Bitte, dieser möchte ihm behilflich sein, sobald wie möglich sein Haus und seine beiden Pferde zu verkaufen.

Warum denn das?" fragte Porochontzew.

„Sei nicht neugierig", antwortete Achilla. „Später, wenn ich's gemacht habe, wirst Du alles erfahren."

„So sag' doch ungefähr, um was es sich handelt."

„Darum, daß Vater Sawelij nicht sobald vergessen wird."

„Dann soll doch Vater Zacharia in seinen Predigten öfter auf ihn hinweisen."

„Was kann Vater Zacharia? Nein, der liebt heute schon die Wissenschaften, ich aber . . . ich liebe nach altem Brauch den Menschen."

Damit war die Unterredung zu Ende und Achillas Besitz wurde seinem Wunsche entsprechend verkauft.

Indessen war man gespannt, was er weiter unternehmen würde.

Der Diakon hatte für alles zweihundert Rubel bekommen und steckte die beiden Scheine in die Tasche seines Nanking-Leibrocks; er begebe sich in die Gouvernementsstadt, erklärte er. Er hatte sich bereits einen Wanderstab aus einer langen Latte zurechtgeschnitten, packte seine Sachen in ein kleines Bündel zusammen, kaufte sich auf dem Markt zwei große Roggenmehlfladen mit Zwiebeln, die er in dieselbe Tasche steckte, in der er sein Geld hatte, und wollte sich eben auf die Wanderschaft begeben, als unerwartet der neue Propst Irodion Grazianskij eintrat. Es war ein sehr wohlaussehender Herr von schwer zu bestimmendem Alter. Seinem Aeußeren nach konnte man ihm ebensogut sechsundzwanzig als auch vierzig Jahre geben.

Achilla ging dem neuen Vorgesetzten entgegen und wollte, nachdem er den Segen von ihm empfangen hatte, seine Hand küssen. Allein er zog sie zurück und schlug dem Diakon einen brüderlichen Kuß vor. Und so küßten sie sich auf Mund und Wangen.

„Siehst Du, wie gut er ist", sagte nach einer Stunde, als sie zusammen nach Hause gingen, Zacharia zum Diakon.

„Wie habt Ihr denn in so kurzer Zeit so viel Güte entdeckt?" fragte Achilla gleichgültig.

„Wie denn? Er wollte sich nicht die Hand von Dir küssen lassen, sondern bot Dir den Mund . . . das zeugt doch von großer Güte."

„Ich meine, das ist nichts weiter als so eine Art von Wichtigtuerei", erwiderte Achilla.

Er war bereits von einer wilden Eifersucht auf den neuen Propst erfaßt und suchte allerlei schlechte Eigenschaften an ihm zu entdecken, die jeden Vergleich mit dem verstorbenen Tuberozow ausschließen mußten. Je mehr der neue Propst allen Stargorodern gefiel, desto heißer mußte Achilla ihn hassen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019230205-16/fragment/page=0006